lang unsere kleine Kraft mit den anderen Kräften zu vereinigen, wir können die Nothwendigkeit unseres Lebens nicht anders erklären, als daß die Natur noch eines Arbeiters bedurft hat, um ihr Werk zu fördern.... Es ist kein Glück denkbar, wenn wir es nicht in dem solidarischen Glücke der ewigen gemeinsamen Arbeit suchen." In die Forderung, daß endlich die Religion der Arbeit zur Menschenreligion werde, klingt dieser zu monistischer Universalität der Anschauung ansteigende herrliche Hymnus aus.

Der Roman gliedert sich in drei Abschnitte. Kampf — Sieg — Frucht, mit diesen Titeln ließe sich ihr Inhalt bezeichnen, und auch hier gewahren wir eine Anlehnung an Fourier. Dieser setzte ähnliche drei Etappen, die sich allerdings auf blos drei Jahre vertheilen sollten. In seinen „Vorbemerkungen" (Prolégomènes) bezeichnete er das Jahr 1822 als die Zeit der Vorbereitungen für die Errichtung des Versuchsbezirkes der harmonischen Assoziation; 1823 sollte dieser thatsächlich begründet und erprobt werden; 1824 mußte dann seine allgemeine Nachahmung durch die Zivilisation erfolgen. Diese Beziehungen der Zolaschen Dichtung auf Fourier lassen sich aber auch für die ganze Romanserie der „Vier Evangelien" nachweisen. Fourier schrieb 1803 in seiner „Betrachtung über die vorausgesetzte Wahrheit", er habe in seinem Nachweis, wie man die von den Philosophen bisher nur gepredigte Wahrheit praktisch ausüben könne, ohne sich zu ruiniren, das algebraische Verfahren gebraucht: „Ich supponirte das Vorhandensein unbekannter, problematischer Größen: der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Vergesellschaftung...." Das ist eine ähnliche, fast gleiche Vierzahl, wie Zola sie braucht, wenn er die „Vier Evangelien" benennt: Fruchtbarkeit, Arbeit, Wahrheit, Gerechtigkeit.

Grundzüge der Handelspolitik.

Von K. Kautsky.

1. Schippels historische Methode.

„Grundzüge der Handelspolitik" betitelt sich das jüngste Buch Schippels.[1] Es schien bestimmt, eine große Lücke unserer Literatur auszufüllen, denn es fehlt uns eine eingehende, systematische Untersuchung des Wesens und der Wirkungen der Handelspolitik, ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und die des Proletariats im Besonderen, und der Aufgaben, die der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet erwachsen.

Aber von alledem bietet uns das Schippelsche Buch nichts. „Die vorliegende Schrift", heißt es in seinem Vorwort, „ist im Wesentlichen eine umfassendere Darlegung des Standpunktes und Gedankenganges, den der Verfasser 1898 in seinem dem Stuttgarter sozialdemokratischen Parteitag erstatteten Referat (und Schlußwort) vertrat."

Welchen Standpunkt vertrat aber Schippel in Stuttgart? „Wir wollen uns nicht festlegen, sondern freie Hand behalten." Und in seinem Schlußwort erklärte er für die Aufgabe, die er sich bei seinem Referat gestellt: „Ich habe nur Stimmung machen und den Genossen zurufen wollen: Jungens, lauft nicht so fix in den Freihandel, damit ein vernünftiger Mensch auch noch mitkommen kann."

---

[1] „Grundzüge der Handelspolitik." Zur Orientirung in den wirthschaftlichen Kämpfen. Von Max Schippel, Mitglied des Reichstags. Berlin, John Edelheim. 352 S. 5 Mark.

Wir wollen uns nicht festlegen — das ist der Standpunkt, den Schippel in Stuttgart vertrat. An Bequemlichkeit läßt dieser Standpunkt nichts zu wünschen übrig, aber er bietet weder einen Boden, auf dem ein Kampf zu führen, noch die Grundlage, auf der eine wissenschaftliche Theorie aufzubauen wäre.

Darauf hat Schippel auch verzichtet, so sehr, daß es schwer ist, in dem dicken Buche einen Satz zu finden, in dem ein bestimmter handelspolitischer Standpunkt Schippels unzweideutig ausgesprochen würde. Das ganze Buch ist von dem Grundsatz beherrscht: Ich will mich bei keinem festen Grundsatz erwischen lassen. Wo Schippel Gefahr laufen könnte, seine eigenen Anschauungen zu enthüllen, da bedient er sich der gewundensten Sätze, um ja nichts Bestimmtes zu sagen. So spricht er zum Beispiel auf S. 324 davon, daß „neuerdings manche protektionistisch klingende Aeußerungen aus den Kreisen von Arbeitern und Arbeitervertretern Ueberraschung und Befremden erregt zu haben scheinen". Vorsichtiger kann man sich um die Frage, ob es Schutzzöllner in der Partei giebt, und wie sie zur Mehrheit der Partei stehen, schon nicht herumdrücken.

Angesichts dieser Scheu, seine eigenen Gedanken entschieden zu äußern, war es von vornherein ausgeschlossen, daß Schippel die Grundzüge seiner Handelspolitik entwickelte. Er entwickelt in dem Buche nur die Grundzüge der Handelspolitik Anderer, er giebt nichts, als eine Reihe von Angaben über die Argumente und Geschicke freihändlerischer und schutzzöllnerischer Bewegungen in England und Deutschland. Aber auch da ist es eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß ihn die Dinge um so mehr zu interessiren scheinen, je weiter sie von der Gegenwart und von der Sozialdemokratie entfernt sind. Unsere Partei steht heute im Vorkampf gegen die handelspolitische Reaktion, unser Abgeordneter äußert aber kaum einige dunkle Andeutungen über die heutige handelspolitische Stellung der Sozialdemokratie, er findet kein Wort, um ihre Gründe für diese Stellung anzuführen, geschweige denn zu erörtern.

Der Titel des Buches ist in der That sehr schlau gewählt. Es heißt da, daß es diene „zur Orientirung in den wirthschaftlichen Kämpfen" — natürlich meint Jeder, der Gegenwart. Aber da täuscht man sich gewaltig.

Der Haupttheil des Buches, 308 von 333 Seiten Text, beschäftigt sich mit bürgerlichen Erscheinungen der Handelspolitik, darunter werden die Strömungen der dreißiger und vierziger Jahre besonders ausführlich behandelt; die englische Freihandelsbewegung auf 54 Seiten, die damaligen deutschen Bewegungen auf 72 Seiten. Dagegen umfaßt das sechste Kapitel, das die Stellung der heutigen bürgerlichen Parteien zu den Zollfragen behandelt, ganze 29 Seiten.

Zum Schlusse wird uns ein Anhang von 31 Seiten geboten über „die Arbeiterklasse und die bürgerliche Handelspolitik"; auch dies nicht etwa eine systematische Auseinandersetzung, sondern, wie es bezeichnender Weise heißt, „Materialien und Anregungen"; das heißt, es sind da ein paar alte Artikel aus den „Sozialistischen Monatsheften" abgedruckt. Aber auch dabei überwiegt das antiquarische Interesse, auch da erfahren wir alles Mögliche über die Chartisten, über die Haltung von Marx und Rittinghausen in den vierziger Jahren und dergleichen, aber nichts über die heutige deutsche Sozialdemokratie.

Einer der Originalartikel in den „Sozialistischen Monatsheften" hatte sich bis in die Gegenwart vorgewagt und von der deutschen Sozialdemokratie behauptet, sie sei in der Frage der Handelspolitik gänzlich auf den Standpunkt des ödesten Manchesterthums gekommen und dadurch in Gegensatz zu Marx gerathen. Ich habe mir erlaubt, in der „Neuen Zeit" (XIX, 1, 663 ff.) diese Behauptung als eine freie Erfindung Isegrims zu kennzeichnen. Schippel hat darauf nicht

erwidert, er hat es aber für gut befunden, jene Stellen, die von der heutigen Sozialdemokratie handeln, bei dem Abdruck des Artikels in seinem Buche wegzulassen. Damit ist nun auch das letzte Bischen direkter Beziehung auf die jetzige Haltung der deutschen Sozialdemokratie weggefallen.

Damit sei jedoch nicht gesagt, daß das Buch nicht aktuell ist und daß Schippel nicht bestimmte Anschauungen und Tendenzen vertritt. Aber, wie er in seinem Stuttgarter Referat sehr richtig sagte, er will sich nicht festlegen, er will blos „Stimmung machen", ohne sich dabei zu einer bestimmten Anschauung zu bekennen, und dies erreicht er am besten, wenn er nicht selbst spricht, sondern Leute und Dinge der Vergangenheit über Fragen reden läßt, welche die Gegenwart beschäftigen. Er ist weit entfernt, in dem Buche Schutzzölle für das heutige Deutschland zu verlangen. Wenn aber nun in seiner Darstellung die deutschen Schutzzöllner und ihre Argumente unwiderleglich erscheinen, die deutschen Freihändler als Idioten, und wenn dadurch dem Leser eine günstige Stimmung für den Schutzzoll suggerirt wird, so hat Schippel doch nur Geschichte erzählt, sich rein referirend gehalten und sich gehütet, dem Urtheil des Lesers vorzugreifen.

Sein Idol ist Friedrich List, „der genialste Wortführer der industriellen Gegenbewegung gegen die englische Freihandelstheorie und -Praxis, der selbst in seinen agitatorischen Uebertreibungen und Einseitigkeiten noch immer thurmhoch über die Menge der landläufigen ‚Freihandelshausirburschen' emporragt" (S. 68).

Hier wie auch anderwärts sucht Schippel die Freihandelstheorie als ein rein englisches, für englische Sonderinteressen zugeschnittenes Gewächs zu verdächtigen. Da muß denn doch darauf hingewiesen werden, daß die Väter des Freihandelsprinzips die französischen Physiokraten waren, daß von ihnen erst Adam Smith die Freihandelslehre übernahm, und daß die gesammte klassische Nationalökonomie ohne Unterschied der Abstammung freihändlerisch war, weil sie in dem freien Handel ebenso wie in der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit nur Aeußerungen des Lebensprinzips der entwickelten Waarenproduktion, nämlich der freien Konkurrenz sah. Dieser Gesichtspunkt ist von Schippel fast gänzlich außer Acht gelassen und doch bildet er gerade für die deutsche freihändlerische Bewegung bis in die siebziger Jahre hinein ein wesentliches Merkmal und einen erheblichen Unterschied gegenüber der englischen Freihandelsbewegung, die nicht mehr gegen feudalzünftige Gebundenheit, sondern nur noch gegen die Agrarzölle zu kämpfen hatte.

Vergleicht man aber List nicht mit einigen armseligen „Freihandelshausirburschen", sondern mit den Vertretern der klassischen Oekonomie, dann stehen diese Vertreter des Freihandels zum Mindesten ebenso thurmhoch über List, als dieser über den manchesterlichen Agitatoren Deutschlands. Die Männer der klassischen Oekonomie waren wissenschaftliche Forscher, die in die Tiefen des ganzen gesellschaftlichen Getriebes eindrangen und seine Gesetze bloszulegen suchten. List ging nicht in die Tiefe, blieb an der Oberfläche der Erscheinungen haften und war im Grunde doch nie mehr, als der Erfinder einiger Universalrezepte, die er dem Publikum anpries, genau in derselben Weise, wie die Freihandelshausirburschen die ihrigen anpriesen.

Gerade in jenem Punkte, der einen Sozialisten bei List besonders interessiren muß, in der Stellung zum Sozialismus und zu den Klassengegensätzen, stand dieser auf demselben niedrigen Niveau, wie die „Freihandelshausirburschen". Gleich diesen war er blind dafür, daß die kapitalistische Produktionsweise auf der Ausbeutung und auf Klassengegensätzen beruht, die sie immer wieder neu erzeugt und vertieft. Gleich diesen pries er die entwickelte kapitalistische Produktions-

weise als ein Eldorado für alle Klassen. Er unterschied sich dabei von den Freihandelshausirburschen blos dadurch, daß ihm als das wirksamste Mittel, dies kapitalistische Eldorado zu entwickeln, der Schutzzoll, den Freihändlern dagegen der Freihandel erschien.

Diese Seite des „Meisters“ List hebt Schippel nicht hervor; dagegen möchte er uns an eine andere Beziehung seines Meisters zum Sozialismus glauben machen, indem er darauf hinweist, es stecke in den Theorien der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus ein Stück Listscher Denkweise.

Mit List vertheidigt Schippel die Ansicht, daß die Arbeiterklasse um so mehr gedeihe, je mehr das Kapital sich entwickle, daß also für den Proletarier das „Produzenteninteresse“ wichtiger sei als das „Konsumenteninteresse“.

„Die ausschlaggebenden Faktoren für die Lebenshaltung und die ganze politisch-soziale Stellung der Arbeiterklasse liegen auf dem Gebiet der Produktion: im Aufschwung der Industrie, im Wachsthum des funktionirenden Kapitals, in der Expansion des Herrschaftsgebiets der kapitalistischen Produktion, nach innen wie nach außen, gegenüber den vererbten überlebten Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen.“

Das war jedoch nicht die Ansicht von Marx. Seiner Anschauung nach bedeutete die Zunahme des Kapitalismus Zunahme der Macht des Kapitals über die Arbeiter, Zunahme des Druckes, der Ausbeutung, des Elends. Erst dadurch, daß dieser Druck Gegendruck erzeugt, daß die Arbeiterklasse gegen das Wachsthum der Ausbeutung und des Elends sich empört, sich zusammenthut, um durch gewerkschaftliche und politische Organisation den Kampf gegen das Kapital zu führen, erst dadurch wird die Lebenshaltung und die „politisch-soziale Stellung“ der Arbeiterklasse gehoben. Die „ausschlaggebenden Faktoren“ dafür liegen also nach Marx nicht im Wachsthum des Kapitals, in der Ausdehnung seines Herrschaftsgebiets, sondern im Kampfe gegen das Kapital. Darin unterscheidet sich eben die sozialistische Anschauung von der bürgerlichen, welche die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigt, weil beide am Gedeihen des Kapitals interessirt seien.

Schippel will Marx zu einem Anhänger dieser Harmonielehre stempeln. Zu diesem Behufe zitirt er eine Reihe von Stellen aus seinen Schriften. Diese sehen auch sehr überzeugend aus für Jeden, der sich dabei beruhigt. Bei Schippelschen Zitaten thut man aber immer gut, im Original nachzusehen und weiterzulesen. Thun wir das auch bei einem Beispiel hier und stellen wir Original und Zitat nebeneinander.

Marx[1]
(in seiner Rede über den Freihandel, abgedruckt im Anhang zum „Elend der Philosophie“, 7. Aufl., S. 170 ff.):

„Hierauf werden Ihnen die (bürgerlichen) Oekonomen sagen: Nun ja, wir geben zu, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern, die unter der Herrschaft des Freihandels sicherlich nicht geringer sein wird, sehr bald die Löhne in Einklang mit dem niedrigen Preise der Waaren bringen wird. Aber andererseits wird der niedrige Preis der Waaren den Konsum vermehren, der größere Konsum wird eine stärkere Produktion erfordern, welche eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften nach sich ziehen wird, und dieser stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften wird ein Steigen der Löhne folgen.

Schippel (S. 341):

Für den Arbeiter ist, was die Bewegung seines Einkommens und die Hebung seiner sozialen Stellung anbelangt, ausschließlich maßgebend die „stärkere Produktion, welche eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften nach sich ziehen wird, und dieser

[1] Die von Schippel in sein Zitat übernommenen Sätze sind gesperrt.

„Diese ganze Argumentation läuft auf Folgendes hinaus: Der Freihandel vermehrt die Produktivkräfte. Wenn die Industrie im Wachsthum begriffen ist, wenn der Reichthum, wenn die Produktivkräfte, wenn mit einem Worte das Produktivkapital die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, so steigt auch der Preis der Arbeit und folglich der Lohn. Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals. Und man muß dies zugeben. Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht nur stationär bleiben, sondern zurückgehen, und in diesem Falle wird der Arbeiter das erste Opfer sein. Er wird vor dem Kapitalisten zu Grunde gehen. Und in dem Falle, wo das Kapital anwächst, also in diesem, wie gesagt, besten Falle für den Arbeiter, welches wird da sein Schicksal sein? Er wird gleichfalls zu Grunde gehen. Das Anwachsen des Produktivkapitals begreift in sich die Konzentration und Akkumulation der Kapitalien. Die Zentralisation der Kapitalien hat eine größere Arbeitstheilung und eine größere Anwendung von Maschinen zur Folge." Dadurch wird die Konkurrenz unter den Arbeitern vermehrt.

„Das Anwachsen der Produktivkräfte zwingt die Kapitalisten, mit stets wachsenden Mitteln zu arbeiten und ruinirt damit die Kleinindustriellen und wirft sie ins Proletariat." Ebenso wirkt das Sinken des Zinsfußes auf die kleinen Rentner.

„Endlich, je mehr das Produktivkapital wächst, desto mehr ist es gezwungen, für einen Markt zu produziren, dessen Bedürfnisse es nicht kennt. Um so mehr geht die Produktion dem Bedarf voraus, um so mehr sucht das Angebot die Nachfrage zu erzwingen und nehmen daher die Krisen an Intensivität und Häufigkeit zu. Aber jede Krisis ihrerseits beschleunigt die Zentralisation der Kapitalien und vermehrt das Proletariat.

Je mehr das Produktivkapital also anwächst, desto mehr steigert sich die Konkurrenz unter den Arbeitern, und zwar in viel stärkerem Verhältniß. Die Entlohnung der Arbeiter nimmt ab für alle und die Arbeitslast vermehrt sich für einige."

stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften wird ein Steigen der Löhne folgen."

Oder, wie Marx in seiner oft erwähnten Brüsseler Rede weiter über diese (von den damaligen Freihändlern versprochene) „Vermehrung der Produktionskräfte" urtheilt:

„Wenn die Industrie im Wachsthum begriffen ist, wenn der Reichthum, wenn die Produktivkräfte, wenn mit einem Worte das Produktivkapital die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, so steigt auch der Preis der Arbeit und folglich der Lohn. Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals. Und man muß das zugeben. Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht nur stationär bleiben, sondern zurückgehen, und in diesem Falle wird der Arbeiter das erste Opfer sein."

Das ist der Absatz, auf den Schippel sich beruft, um zu zeigen, daß Marx auch wie er der Ansicht gewesen, für die Hebung der Löhne und der sozialen Stellung des Arbeiters sei „ausschließlich maßgebend" die „stärkere Produktion", das „Wachsthum des funktionirenden Kapitals". Um dazu zu kommen, mußte er dem Passus vorn und hinten gerade die entscheidenden Sätze wegschneiden. Das hat er frischweg gethan, so daß nun als die Ansicht von Marx erscheint, was dieser als Gedankengang der von ihm bekämpften bürgerlichen Oekonomen wiedergiebt, und so daß nun alle jene Sätze fehlen, in denen Marx diesen bürgerlichen Gedankengang kritisirt, den Schippel vertritt und den er uns als marxistischen Gedankengang mundgerecht zu machen sucht. Man sieht, er hat alle Ursache, in seinem Vorwort pathetisch zu erklären, daß er allen Anfeindungen zum Trotze „auf Verständniß bei Parteigenossen rechne, die in der Schule unserer Meister gelernt haben".

Auch ein dankbarer Schüler.

In dem folgenden Zitat wiederholt unser dankbarer Schüler denselben Trick wie in dem eben erwähnten, aber es würde zu weit führen, dies zu beweisen. Man vergleiche das Zitat mit dem Original.

Ein paar Seiten später sucht er Marx und Engels als von List beeinflußt hinzustellen. Er sucht die Marxsche Freihandelsrede ähnlich zu deuten, wie dies jüngst der Bund der Landwirthe in seiner Eingabe an den Reichstag gethan, bemerkt, daß Rittinghausen Schutzzöllner war und auf einem Freihändlerkongreß ausgelacht wurde, macht dann die ganz grundlose Annahme: „Vielleicht (!) sprang Marx nachträglich dem niedergeschmetterten Rittinghausen zu Hilfe" und schließt daraus:

„Damals war also auch hier der Freihandel die internationale ‚Unterjochung und Ausbeutung'. Es wäre ja auch mehr wie wunderbar gewesen, wenn der Einfluß eines Friedrich List sich nicht bis in die Kreise der rheinisch-westfälischen Industriearbeiterschaft und ihrer geistigen Führer erstreckt hätte. (Vergl. auch oben S. 110 die Aeußerung von Parvus über Engels, und zwar über den Engels von 1888)" (S. 348).

Schippel sagt nicht ausdrücklich, daß er hier von Marx und Engels spreche, aber in dem Zusammenhang können nur sie gemeint sein. Nun, was Marx von List hielt, hat er selbst gesagt, gerade damals, wo er Listschen Einfluß verrathen haben soll. Wir haben diese Ausführungen in der „Neuen Zeit" wiedergegeben (Band XIX, 1, S. 794 ff.).

Aber Engels! Schippel weist auf eine Aeußerung von Parvus über ihn auf S. 110 seines Buches hin! Dort heißt es:

„Parvus, ein parteigenössischer Schriftsteller, trägt zwar etwas stark auf, aber er hat kaum so unrecht, wenn er Friedrich Engels als ‚reinen Friedrich List' anspricht, weil Engels die wirthschaftsgeschichtliche Rolle des Schutzzolls in seinem bekannten Aufsatz von 1888 in folgender Weise anerkannte", indem er nämlich einen schottischen Freihändler mit Argumenten zu Gunsten des amerikanischen Schutzzolls schlug.

Was schrieb aber Parvus?

„Die Argumentation, die Friedrich Engels vom Standpunkt des amerikanischen Schutzzöllners gegen den englischen Freihandelsdoktrinär führt, ist der reine Friedrich List.... Aus Engels deshalb, weil er hinter den Schutzzöllen kapitalistische Interessen aufdeckt und gegenüber dem kapitalistischen Freihändler den kapilistischen Schutzzöllner ausspielt, einen Anhänger der Schutzzölle zu machen, wäre ebenso albern, wie ihn und Marx zu Vertheidigern der Staatsschulden, der Steuern, der Handelskriege, der Bauernexpropriation und der sonstigen Mittel des Produktionssystems machen zu wollen.... Marx und Engels hatten einen allgemeinen Gesichtspunkt, von dem aus sie das gesammte kapitalistische Getriebe kritisch erfaßten. Es war der Standpunkt des revolutionären Sozialismus. Von diesem aus entdeckten sie vor Allem den Ausbeutungscharakter des Schutzzolls wie des Freihandels. Sie bekämpften beide als kapitalistische Politik, und in diesem Kampfe unterließen sie es selbstverständlich nicht, sich des Einen gegen den Anderen zu bedienen" („Neue Zeit", XIX, 1, S. 585, 586).

Damit hat Parvus sicher „kaum so unrecht", ja, er trägt dabei „kaum etwas stark auf"; wer aber diese Sätze in der Weise wiedergiebt, daß Parvus Engels als „reinen Friedrich List anspricht", der trägt dabei so stark auf, daß er den Sinn der Parvusschen Ausführungen in ihr Gegentheil verdreht.

Parvus hat hier in der That den springenden Punkt aufgedeckt, von dem alle sozialistischen „Grundzüge der Handelspolitik" ausgehen müssen, von dem aber in der Schippelschen Handelspolitik nie die Rede, die nur „Konsumenten"

und „Produzenten“ kennt wie die bürgerliche Handelspolitik, nicht aber Kapitalisten und Ausgebeutete.

Daß Marx und Engels manche wirthschaftsgeschichtliche Erkenntniß mit List gemeinsam hatten, im Gegensatz zu den „Freihandelshausirburschen“, soll nicht geleugnet werden. Wie Marx erkannte auch List, daß das Schutzzollsystem aufs Innigste zusammenhängt mit Handelskriegen und kolonialer Raubpolitik, mit der Expropriirung der auf vorkapitalistischer Stufe stehenden Wirthschaften. Aber List erkannte das nicht mit derselben Schärfe und Klarheit wie Marx, er maß diese Erscheinungen auch nicht mit dem Maßstab proletarischer, alle Unterdrückung und Ausbeutung verurtheilenden Moral, sondern mit dem Maßstab kapitalistischer Moral, die Gewaltthat und Ausbeutung für Naturnothwendigkeiten hält; und was Marx als eine Erscheinung der Vergangenheit erschien, als ein Mittel der ursprünglichen Akkumulation, das proklamirte List als das auserlesene Mittel, die Zukunft der deutschen Nation, wie anderer moderner Nationen, sicher zu stellen.

Er verzeichnet in seinem „nationalen System der politischen Oekonomie“ die Staatsmaximen, durch die England im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert zu seiner Größe gelangt ist. Dadurch befinden sich außer dem „Schutze der produktiven Kraft“ folgende:

„Den Ueberschuß an produktiver Kraft auf die Kolonisation und die Unterwerfung barbarischer Nationen zu verwenden;

„eine Seesuprematie zu gründen und vermittelst derselben den auswärtigen Handel auszubreiten und den Kolonialbesitz fortwährend zu vergrößern;

„Kriege zu führen und Allianzen zu schließen mit ausschließlicher Rücksicht auf das Manufaktur-, Handels-, Schiffahrts- und Kolonialinteresse.“

Diese Maximen begeistern List gar sehr:

„Allen Nationen ist England Vorbild und Muster geworden — in der inneren wie in der äußeren Politik wie in großartigen Erfindungen und Unternehmungen aller Art, in Vervollkommnung der Gewerbe und Transportmittel wie in Auffindung und Urbarmachung unkultivirter Länder, insbesondere in Ausbeutung der Naturreichthümer der heißen Zone und in Zivilisirung barbarischer oder in Barbarei zurückgebliebener Völkerschaften.“

An einer anderen Stelle preist er den Krieg:

„Ein Krieg, der den Uebergang des Agrikulturstaats in den Agrikulturmanufakturstaat befördert, ist daher ein Segen für eine Nation, wie der Unabhängigkeitskrieg der nordamerikanischen Freistaaten, trotz der ungeheuren Aufopferungen, die er erforderte, ein Segen für alle künftigen Generationen geworden ist. Ein Friede aber, der eine zu Entwicklung einer Manufakturkraft berufene Nation wieder in den bloßen Agrikulturstand zurückwirft, wird ihr zum Fluche und ist ihr ohne allen Vergleich schädlicher als der Krieg.“

Der amerikanische Freiheitskrieg wird von List als Argument gebraucht, um Handelskriege zu rechtfertigen!

Sogar die Negersklaverei fand einen Vertheidiger in List. Wer tropische Kolonien haben will, muß eben die Sklaverei wollen. Er erörtert die Wirkungen der Aufhebung der Sklaverei in Westindien und bezeichnet als solche 1. daß die Kolonialwaarenproduktion abnimmt,

2. „daß die freien Schwarzen ihre Taglöhne fortwährend zu steigern suchen, während sie ihre Arbeit auf die Erwerbung der allernothwendigsten Bedürfnisse beschränken, daß demnach ihre Freiheit zunächst nur dem Müßiggang zu Gute kommt“, fragt dann, „ob denn ein plötzlicher Uebergang aus der Sklaverei in die Freiheit den Schwarzen selbst (!) nicht nachtheiliger sei als die Erhaltung des gegen-

wärtigen Zustandes, ob nicht eine Reihe von Generationen dazu gehöre, um den an fast thierische Unterordnung gewöhnten (!) Schwarzen zur freiwilligen Arbeit und Wirthschaftlichkeit zu erziehen", und empfiehlt zu diesem Zwecke als Erziehungsmittel die Leibeigenschaft.

Etwas anders drückt sich Marx über dieselben Erscheinungen aus.

„Die verschiedenen Methoden der ursprünglichen Akkumulation", sagt er im „Kapital" (I, 3. Aufl., S. 777) „werden in England Ende des siebzehnten Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Produktionssystem. Diese Methoden beruhen zum Theile auf brutaler Gewalt, zum Beispiel das Kolonialsystem. ... Das Protektionssystem war ein Kunstmittel, Fabrikanten zu fabriziren, unabhängige Arbeiter zu expropriiren, die nationalen Produktions- und Lebensmittel zu kapitalisiren, den Uebergang aus der alterthümlichen in die moderne Produktionsweise gewaltsam abzukürzen. Die europäischen Staaten rissen sich um das Patent dieser Erfindung, und einmal in den Dienst der Plusmacher eingetreten, brandschatzten sie zu jenem Behufe nicht nur das eigene Volk, indirekt durch Schutzzölle, direkt durch Exportprämien u. s. w. In den abhängigen Nebenlanden wurde alle Industrie gewaltsam ausgerodet, wie zum Beispiel die irische Wollmanufaktur von England. ... Kolonialsystem, Staatsschulden, Steuerwucht, Protektion, Handelskriege u. s. w., diese Sprößlinge der eigentlichen Manufakturperiode, schwellen riesenhaft während der Kinderperiode der großen Industrie. Die Geburt der letzteren wird gefeiert durch den großen herodischen Kinderraub. ... Während sie die Kindersklaverei in England einführte, gab die Baumwollindustrie zugleich den Anstoß zur Verwandlung der früher mehr oder minder patriarchalischen Sklavenwirthschaft der Vereinigten Staaten in ein kommerzielles Ausbeutungssystem. Ueberhaupt bedurfte die verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter in Europa zum Piedestal der Sklaverei sans phrase in der neuen Welt.

„Tantae molis erat, die ‚ewigen Naturgesetze' der kapitalistischen Produktionsweise zu entbinden. ... Wenn das Geld, nach Augier, mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital vom Kopfe bis zur Zehe aus allen Poren blut- und schmutztriefend."

Schippel aber meint, „den Beweis, daß, um mit Marx' ‚Kapital' zu reden — ‚das Protektionssystem eine temporäre **Nothwendigkeit**[1] im internationalen Konkurrenzkampf ist' — darf man heute, nach so reichen Erfahrungen, als unumstößlich erbracht ansehen" (S. 110), und auf S. 112 spricht er davon, daß der Beweis dafür erbracht ist, „daß das Protektionssystem immer wieder ‚im internationalen Konkurrenzkampf zur temporären Nothwendigkeit' für alle diejenigen Nationen wird, die sich anschicken, ‚verlorene Zeit und Gelegenheit nachzuholen'."

An welcher Stelle des „Kapital" Marx das Protektionssystem eine Nothwendigkeit, noch dazu eine immer wiederkehrende Nothwendigkeit genannt hat, verschweigt uns Schippel. Ich habe die Stelle vergeblich gesucht. Sie paßt aber zu den eben zitirten Aeußerungen wie die Faust aufs Auge. Und wir wissen, daß sich selbst solche Schippelsche Zitate, bei denen Quelle und Seite genau angegeben, sich zwar dem Wortlaut nach richtig, dem Zusammenhang nach aber verkehrt wiedergegeben erweisen. Diesmal haben wir sogar allen Grund, anzunehmen, daß das Zitat einfach erfunden ist. Ich bleibe so lange bei dieser Ueberzeugung, als mich Schippel nicht eines Besseren belehrt.

Aber Schippel ist damit nicht zufrieden, Listsche Gedankengänge in Marxsche und Engelssche Sätze hineinzuschmuggeln. Er giebt sich den Anschein, als stehe er List unbefangen gegenüber, kritisirt die „agitatorischen Uebertreibungen", welche

---

[1] Von Schippel doppelt unterstrichen.

dieser sich im Kampfe gegen den Freihandel habe zu Schulden kommen lassen. Dieser Anschein von Kritik ist ihm jedoch nur die Brücke zur Behauptung, List selbst würde diese seine Uebertreibungen heute kaum noch wiederholen, sie seien aber von dem am Kampfe unbetheiligten Marx 1848 und von Engels noch 1892 kalten Blutes ausgesprochen worden.

„Auch die agitatorischen Uebertreibungen Lists sind wahrlich nicht schwer zu entdecken. Daß bei freiem Handel *jede* deutsche Industrie hätte erliegen müssen, daß wahrscheinlich nur noch kulturverlassene irische Hungerpächter im ganzen kontinentalen Europa übrig geblieben wären, während alle städtische Zivilisation, alle bürgerliche Freiheit und Macht sich in England konzentrirt hätte, daß alle leitenden englischen Freetrader im Ueberschwang der nationalen Selbstsucht und mit abgefeimtester Berechnung und Heuchelei solche und nur solche Zustände geflissentlich erstrebt hätten, darauf würde der leidenschaftliche Ankläger heute selber kaum noch schwören. Indeß, wenn ein *Karl Marx*, der allen diesen handelspolitischen Kämpfen als unbetheiligter, ruhiger Beobachter gegenüberstand, 1848 ähnlich urtheilen konnte — wenn, nachdem die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Interessenten längst ihren Abschluß gefunden hatten, nachdem die englische Freihandelsbewegung in ihren Zielen und Erfolgen längst mit geschichtlicher Objektivität zu überblicken war, ein *Friedrich Engels* noch 1892, kurz vor seinem Tode, dieses Urtheil in *einseitigster Schärfe* zu wiederholen sich veranlaßt sah — wer wollte dann bei dem streitbaren Rufer im Kampfe jedes Wort auf die Goldwage legen?" (S. 107, 108).

Man sieht, Marx und Engels haben List an leidenschaftlichem Hasse gegen den Freihandel noch übertrumpft, wenn man — Schippel glauben darf.

Marx hat blos „ähnlich" geurtheilt — ein sehr dehnbarer Begriff, Engels aber hat 1892 die Listschen Uebertreibungen in *einseitigster Schärfe* wiederholt. Beschränken wir uns auf Engels.

Schippel sagt uns nicht, welche Sätze Engels' er meint. Offenbar sind es folgende aus der Vorrede zur letzten Auflage seiner „Lage der arbeitenden Klassen". Er schildert darin die Absichten der englischen Freihändler der vierziger Jahre:

„England sollte die ‚Werkstatt der Welt' werden; alle anderen Länder sollten für England werden, was Irland schon war — Märkte für seine Industrieprodukte, Bezugsquellen seiner Rohstoffe und Nahrungsmittel. England, der große industrielle Mittelpunkt einer ackerbauenden Welt, mit einer stets wachsenden Zahl Korn und Baumwolle produzirender Trabanten, die sich um die industrielle Sonne drehen. Welch herrliche Aussicht" (S. XVI).

Das ist sehr ruhig und nüchtern, ohne jede agitatorische Uebertreibung die Darlegung der englischen Freihandelstheorie von der internationalen Arbeitstheilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat. Keine Rede von „abgefeimtester Berechnung und Heuchelei", von dem „geflissentlichen Streben" der englischen Freihändler, alle Zivilisation, Freiheit und Macht in England zu konzentriren und ganz Europa auf den irischen Hungerstandpunkt herunterzubringen.

Soviel über die *Absichten* der Freihändler. Weiter unten in seiner Vorrede spricht dann Engels von den *Ergebnissen* des englischen Freihandels:

„Die Freihandelstheorie hatte zum Grund die eine Annahme: daß England das einzige große Industriezentrum einer ackerbauenden Welt werden sollte, und die Thatsachen haben diese Annahme vollständig Lügen gestraft. Die Bedingungen der modernen Industrie, Dampfkraft und Maschinerie, sind überall herstellbar, wo es Brennstoff, namentlich Kohlen giebt, und andere Länder neben England haben Kohlen: Frankreich, Belgien, Deutschland, Amerika, selbst Rußland. Und die Leute da drüben waren nicht der Ansicht, daß es in ihrem Interesse sei, sich in irische Hungerpächter

zu verwandeln, einzig zum größeren Ruhme und Reichthum der englischen Kapitalisten. Sie fingen an zu fabriziren, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die übrige Welt, und die Folge ist, daß das Industriemonopol, das England beinahe ein Jahrhundert besessen hat, jetzt unwiederbringlich gebrochen ist" (S. XXI).

Auch da muß man wieder fragen, wo sind die „agitatorischen Uebertreibungen" à la List, auf die der „leidenschaftliche Ankläger heute selber kaum noch schwören würde", die aber Engels 1892 in „einseitigster Schärfe wiederholte"? Wir finden allerdings das Wort „irische Hungerpächter" wieder, aber keine Silbe davon, „daß bei freiem Handel *jede* deutsche Industrie hätte erliegen müssen, daß wahrscheinlich nur noch kulturverlassene irische Hungerpächter im ganzen kontinentalen Europa übrig geblieben wären", daß also nur der Schutzzoll die europäische Kultur gerettet habe. Vom Schutzzoll ist in dem ganzen Absatz gar keine Rede, nirgends wird das Aufkommen der kontinentalen Industrie auf den Schutzzoll zurückgeführt!

Aber fast um dieselbe Zeit (1888) veröffentlichte Engels seinen Artikel über „Schutzzoll und Freihandel". Dort erörtert er die Frage, ob „bei freiem Handel jede deutsche Industrie hätte erliegen müssen":

„Auch Deutschland spürte bald nach 1815 die Nothwendigkeit einer rascheren industriellen Entwicklung. Die erste Bedingung hierfür war die Herstellung des inländischen Marktes durch Beseitigung der zahllosen Zolllinien und aparten Fiskalgesetze der Kleinstaaten, kurz, die Bildung eines deutschen Zollvereins. Dieser war herstellbar nur auf Grundlage eines liberalen Tarifs, zugeschnitten mehr auf Steuerzwecke als auf Industrieschutz. Unter keiner anderen Bedingung hätte man die Kleinstaaten zum Eintritt gebracht. So war der neue Zollvereinstarif, wenn auch in geringem Maße einige Industrien schützend, für die Zeit seiner Einführung *ein wahres Muster von Freihandel*; er blieb dies, obwohl seit 1830 die Mehrzahl der deutschen Fabrikanten den Ruf nach Zollschutz erhoben. Und doch, unter diesem äußerst liberalen Tarif und trotz der unbarmherzigen Erdrückung deutscher, auf Handarbeit beruhender Hausindustrien durch die Konkurrenz der großen, englischen Industrie, vollzog sich der Uebergang von der Handarbeit zur Maschinerie auch in Deutschland allmälig und ist jetzt fast durchgeführt . . . So war der Beweis geliefert, daß auch jetzt noch, trotz des enormen Vorsprungs der englischen Industrie, ein großes Land sich zu erfolgreicher Konkurrenz mit England im offenen Markte emporarbeiten kann" (S. 294, 295).

Wie nennt das Schippel? Engels hat noch 1892 die „agitatorischen Uebertreibungen" Lists, auf die dieser selbst nicht mehr geschworen hätte, „in einseitigster Schärfe" wiederholt.

Auf solche Weise „orientirt" uns das vorliegende Buch über die Stellung der sozialistischen Theoretiker zu den Fragen der Handelspolitik.

Ich bin bei der Kennzeichnung dieser Seite von Schippels „historischer Methode" etwas ausführlich geworden, aber das war nothwendig, weil nach Schippels Vorgang die Zollwucherer unsere Agitation gegen sie dadurch zu erschweren suchten, daß sie Marx und Engels, auf derartige „Zitate" gestützt, für sich reklamiren. Die ausführliche Erörterung zeigt aber auch, daß es sich da nicht um ein gelegentliches Versehen handelt, sondern um die *systematische fortgesetzte Verdrehung der Anschauungen* von Marx und Engels im Sinne Listscher Anschauungen, wodurch in sozialistischen Kreisen Stimmung gemacht werden soll für die Schutzzöllnerei, die offen zu verfechten Schippel offenbar für eine Unklugheit hält.

Grundzüge der Handelspolitik.

Von K. Kautsky.

(Fortsetzung.)

2. Die Vereinigung des Industriezolls mit dem Agrarzoll.

Schippel begnügt sich nicht damit, Marx und Engels an den Triumphwagen zu spannen, den er für List erbaut, er überlistet noch List, geht in einem wesentlichen Punkte über ihn hinaus, indem er seine Geschichtenerzählung so einrichtet, daß sie zu einer Rechtfertigung nicht nur von Industriezöllen, sondern auch von Agrarzöllen wird. Dadurch aber kommt er in Gegensatz zu List selbst.

„Die neuere mitteleuropäische Schutzzollpolitik seit den siebziger Jahren", sagt Schippel, „wird vornehmlich charakterisirt durch eine Vereinigung von Industrie- und Agrarzöllen. Oder vielmehr, die stärkste Lebens- und Triebkraft dieses Systems ruht, ganz im Gegensatz zu dem früheren Protektionismus, gerade in den Agrarzöllen" (S. 207).

Hier ist eine der seltenen Gelegenheiten, wo ich Schippel beistimme. Diesen Satz betonte schon die Stuttgarter Resolution über die Handelspolitik. Sie erklärte, „daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reiche die Industriezölle nothwendiger Weise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen", daß also, wer diese nicht haben wolle, auch gegen jene auftreten müsse. Schippel behauptet in der Vorrede zu seinem Buche, es sei eine umfassendere Darstellung des Gedankenganges seines Stuttgarter Referats. Aber dort sagte er:

„Meine Resolution unterscheidet sich dadurch (von der Kautskys), daß sie uns nur festlegt gegen die Lebensmittelzölle. Fallen die Landwirthschaftszölle, dann wird die Industrie um so mächtiger ... aber im Uebrigen bitte ich Sie, legen Sie sich nicht fest" (Protokoll, S. 184).

Darnach sollte man meinen, daß er damals noch die Lebensmittelzölle für trennbar hielt von den Industriezöllen. Jetzt verficht er die vollkommen richtige Meinung, daß in dem modernen Schutzsystem beide innig zusammengehören. Es ist wirklich schade, daß ihm diese Erkenntniß erst jetzt kommt, und nur an einer Stelle, wo er nicht zur großen Masse der Parteigenossen spricht. Denn erst durch diese Erkenntniß wird die Frage unserer Handelspolitik so gestellt, wie sie thatsächlich liegt: entweder Freihandel oder Agrarzölle. Gleichzeitig gegen den Freihandel und gegen Agrarzölle auftreten zu Gunsten einseitiger Industriezölle, heißt den Charakter des heutigen Protektionismus völlig verkennen und eine Utopisterei der schlimmsten Art treiben.

Darin sind wir also mit Schippel einig. Die thatsächliche Losung heißt: Freihandel oder Agrarzölle, der einseitige Industrieschutzzoll für einen Industriestaat wie Deutschland ist ein Anachronismus, ein Schlagwort ohne Kraft.

Leider geht Schippel über diese Feststellung nicht hinaus. Er spricht sich weder entschieden für den Freihandel, noch für den Schutzzoll aus. Aber er fährt auch nach ihr noch fort, den Freihandel als eine Lächerlichkeit zu behandeln, und er erklärt List darin für veraltet, daß dieser gegen Agrarzölle auftrat:

„Der ältere Industrieschutz, als dessen hervorragendsten deutschen Vertreter wir Friedrich List kennen lernten, ließ Agrarzölle höchstens als gleichgiltige Scheinsätze im Tarif gelten: ohne ernste Bedeutung für die Landwirthschaft als Ganzes.... Auch Friedrich List — er steht darin hinter keinem englischen freihändlerischen Antikornzolligisten zurück — huldigte dem Grundsatz, daß Lebensmittel nicht künstlich

vertheuert werden dürfen, daß ein Industriestaat dadurch seine Entwicklung schwächen und lähmen würde.... Man hat solche Aeußerungen des Meisters oft gegen den heutigen Protektionismus ausgespielt. Unseres Erachtens unter seltsamer Verkennung der unterdeß eingetretenen vollständigen Veränderung der Sachlage" (S. 207, 208).

Diese Veränderung der Sachlage sieht Schippel darin, daß nicht mehr, wie zu Lists Zeit, die Lebensmittelpreise und die landwirthschaftlichen Grundrenten steigen, sondern daß sie sinken. Das hätte List nicht vorausgesehen und darum werde seine Abneigung gegen Lebensmittelzölle heute gegenstandslos.

Zu dieser einfachen Aufpfropfung von Agrarzöllen auf den Listschen Erziehungszoll für die Industrie hätte Schippel jedoch nie kommen können, wenn er die Frage untersucht hätte, wodurch denn der Erziehungszoll eigentlich wirkt. Diese, die grundlegende Frage für einen Schutzzöllner, wird jedoch in den Schippelschen „Grundzügen der Handelspolitik" nicht einmal gestreift. Wir können sie hier selbstverständlich nur kurz andeuten.

Der Schutzzoll für einen bestimmten Industriezweig hat die Aufgabe, die Preise der Produkte desselben im Inland zu erhöhen. Dadurch wird, unter sonst gleichen Umständen, der Profit erhöht. Die Erhöhung des Profits zieht Kapitalien in diesen Industriezweig, die ihm sonst ferne geblieben wären; Kapitalien des Inlandes, die etwa dem Handel sich zugewendet hätten, um auswärtige Produkte ins Land zu bringen, oder die Anlage in Staatsanleihen oder auswärtigen Industriepapieren gesucht hätten; daneben Kapitalien des Auslandes, die sonst vielleicht konkurrirende Industrien im Ausland gefördert hätten. Durch die Erhöhung des Profits wird aber auch das „Sparen", das Ansammeln weiterer Kapitalien erleichtert. Durch alle diese Vorgänge wächst das industrielle Kapital im Lande, wächst die kapitalistische Industrie.

Aber das gilt nur unter der Voraussetzung, daß wohl die Preise der Fabrikate steigen, die der industrielle Kapitalist verkauft, nicht aber die Preise der Produktionsmittel, die er kauft. Steigen diese ebenfalls entsprechend, dann geht ihm die Erhöhung des Profits durch den Zoll verloren und damit auch die Wirkung auf die industrielle Entwicklung, welche dieser erzeugt. Dies tritt aber ein, wenn zu den industriellen Zöllen agrarische hinzugesellt werden.

Ein Beispiel möge das illustriren. Denken wir uns ein industrielles Unternehmen, das jährlich ein Kapital von 100000 Mark für Löhne, von 100000 Mark für Rohstoffe und 100000 Mark für Maschinerie aufwendet, welch letztere wir der Einfachheit wegen im Jahre der Anschaffung auch völlig verbrauchen lassen. Das wird ja kaum je eintreten, aber jede der Wirklichkeit näher kommende Annahme würde das Beispiel erheblich kompliziren, ohne am Schlußresultat etwas zu ändern. Es werden also 300000 Mark jährlich in der Produktion aufgewendet, der Kostpreis des jährlichen Gesammtprodukts beträgt so viel. Die durchschnittliche Profitrate stelle sich auf 12 Prozent; also müßte das Produkt zu einem Preise von 336000 Mark verkauft werden, soll der Durchschnittsprofit erzielt werden, das Unternehmen rentabel sein. Der Weltmarktpreis stehe aber so niedrig, daß auf offenem Markte blos 320000 Mark dafür erlöst werden können, also blos $6^2/_3$ Prozent. Das wäre Grund genug für die Kapitalisten, auf dies unrentable Geschäft zu verzichten und ihr Kapital rentableren Unternehmungen zuzuwenden. Aber eine fürsorgliche Regierung hat ein Einsehen und legt auf die Einfuhr der betreffenden Produkte einen Zoll von 10 Prozent ihres Werthes. Dadurch wird im Inland der Preis der fraglichen Produktenmenge um 32000 Mark erhöht, auf 352000 Mark. Bleiben die Produktionskosten dieselben, so steigt der Profit von 20000 Mark auf 52000 Mark, auf

$17\frac{1}{3}$ Prozent; er wird erheblich höher als der Durchschnittsprofit, der Unternehmer kann, sagen wir 30000 Mark im Jahre zurücklegen, um diese Summe sein Kapital alljährlich vermehren. Andere Kapitalien werden dem profitablen Industriezweig zuströmen, er wird sich rasch entwickeln.

Aber eine fürsorgliche Regierung bleibe dabei nicht stehen. Sie meint es gut mit allen Produktionszweigen, fühlt sich berufen, ausgleichende Gerechtigkeit zu spielen, belegt daher nicht blos die Produktion der Fabrikate, sondern auch die der Maschinen, der Rohmaterialien, der Lebensmittel mit einem Zolle von 10 Prozent des Werthes. Wie gestaltet sich die Sache nun? Nehmen wir an, alle Preise, auch die der Arbeitskraft, steigen nun dementsprechend. Stellen wir das Resultat dieses Falles in einer Tabelle zusammen, ebenso die beiden früheren Fälle, dann ergiebt sich Folgendes:

Bei Freihandel:

Kapital	Löhne	100000 Mark		
	Rohstoffe	100000 „		
	Maschinen	100000 „		
	Summe		300000 Mark	
	Weltmarktpreis		320000 „	
	Masse des Profits		20000 Mark	
	Profitrate		2:30	= $6\frac{2}{3}$ %

Bei Schutzzoll von 10 Prozent des Werthes auf die eine Waare allein:

Kapital	300000 Mark	
Weltmarktpreis	320000 „	
Inlandpreis	352000 „	
Masse des Profits	52000 Mark	
Profitrate	52:300	= $17\frac{1}{3}$ %

Bei allgemeinem Schutzzoll von 10 Prozent des Werthes:

Kapital	Löhne	110000 Mark		
	Rohstoffe	110000 „		
	Maschinen	110000 „		
	Summe		330000 Mark	
	Inlandpreis		352000 „	
	Masse des Profits		22000 Mark	
	Profitrate		22:330	= $6\frac{2}{3}$ %

Wir sehen, bei einem Schutzzoll, der alle Produktionszweige gleichmäßig trifft, ist jedes Unternehmen ebenso gestellt, wie bei vollkommenem Freihandel.

Als Erziehungszoll im Listschen Sinne, als Mittel zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung, wirkt also nur der einseitige Industrieschutz. Werden Industriezölle verbunden mit Agrarzöllen, so stellen sie die Industrie dem inneren Markte gegenüber in dieselbe Position, als genösse sie gar keinen Schutz.

Aber wir haben bisher angenommen, das Unternehmen produzire nur für den inneren Markt. Es giebt jedoch auch solche, die exportiren. Wie gestaltet sich für diese die Situation beim allseitigen Zoll? Wir nehmen an, die Verhältnisse seien die gleichen, nur sei der Weltmarktpreis ein solcher, daß das Unternehmen mit dem Freihandel auf dem Weltmarkt konkurriren, also exportiren kann. Der Weltmarktpreis sei also nicht 320000, sondern 336000 Mark, wenn wir eine Durchschnittsprofitrate von 12 Prozent annehmen. Nehmen wir an, die Hälfte ihres Produkts verkaufe die Firma im Inland, die Hälfte im Ausland. Bei

völligem Freihandel bleibt sich das gleich. Wird ein Zoll blos auf die Produkte dieses Unternehmens gelegt, so profitirt es noch davon. Betrage er 10 Prozent des Werthes, dann verkauft es die Hälfte seines Produkts ins Ausland zu 168000 Mark, die andere Hälfte im Inland um 184800 Mark, zusammen um 352800 Mark, der Profit beträgt $17^{2}/_{3}$ Prozent. Nun aber komme der Segen des allseitigen Zollschutzes, in unserem Falle von 10 Prozent. Das ausgelegte Kapital wächst nun von 300000 Mark auf 330000 Mark, der Erlös bleibt 352800 Mark; der Profit sinkt auf 22800 Mark, die Profitrate, die für das Unternehmen bei freiem Handel 12 Prozent betrüge, sinkt auf 6,9 Prozent herab, die exportirende Firma verliert also durch den allseitigen Zollschutz weit mehr, als sie durch ihn gewinnt, sie steht sich viel schlechter dabei, als bei freiem Handel, und ebenso natürlich die Masse der Konsumenten, die alles um 10 Prozent theurer bezahlen muß.

Mit einem Worte, bei *allseitigem gleichmäßigem Zollschutz* ist kein Unternehmen besser daran, als bei *freiem Handel*, eine Reihe von Unternehmungen aber viel schlechter. Der allseitige Zoll fördert nicht, sondern hemmt die allgemeine ökonomische Entwicklung. Er ist also nicht blos vom „Konsumenten"-, sondern auch vom „Produzentenstandpunkt" verwerflich. Das gilt für *alle* Unternehmungen, landwirthschaftliche wie industrielle. Was sie mit der einen Hand einnehmen, geben sie mit der anderen aus; den Verlust haben die exportirenden Firmen und jene Konsumenten, die von dem Zollschutz nicht begünstigt werden, den Gewinn haben die Regierungen, die aus den Zöllen reiche Einnahmen ziehen. Der allseitige Zoll wirkt nicht mehr als *Schutzzoll*, sondern nur noch als *Finanzzoll*.

Ist man sich darüber klar geworden, dann muß man, selbst wenn man sich auf den Listschen Standpunkt stellt und Erziehungszölle zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung für nothwendig hält, für den Freihandel von dem Moment an eintreten, wo agrarische Zölle mit industriellen verbunden werden.

Aber woher dann der große innere Erfolg der neuen, seit zwei Jahrzehnten betriebenen Schutzzollpolitik, den Schippel konstatirt:

„Die neuere Schutzzollpolitik rühmt sich, daß sie geistig nicht nur nicht abgewirthschaftet, sondern immer neue Anhänger geworben, daß sich der Widerspruch gegen sie immer mehr abgeschwächt habe, so daß ihr heute kaum noch irgend welche ‚prinzipielle Feinde', wie sie Ende der siebziger Jahre noch in hellen Schaaren das große Wort in der damaligen Minderheit und früheren Mehrheit führten, gegenüberständen, sondern nur noch Mäkler an dem oder jenem Zollsatz" (S. 202).

„Eine leere Eingebung der wirthschaftspolitischen Laune und Einsichtslosigkeit, eine raffinirte Geltendmachung des gemeinschädlichsten Sonderinteresses von ein paar ausbeuterischen Großgrundbesitzern und Großindustriellen hätte nach einem kurzen Eintagsleben längst unter der Empörung des geschädigten und durch eine zwanzigjährige Erfahrung endlich gewitzigten Volkes hinsinken müssen. Oder darf ein Freund des allgemeinen Wahlrechtes politisch so unendlich tiefstehende Wählermassen voraussetzen, daß er ihnen jahrelangen gewohnheitsmäßigen ökonomischen Selbstmord, noch dazu ohne jede vorläufige Aussicht auf Besserung, zutrauen könnte?" (S. 207).

Bei dieser Lobpreisung des inneren Erfolgs der Bismarckschen Handelspolitik fällt uns vor Allem auf, daß Schippel eine Kleinigkeit vergißt, die Partei, der er angehört. Die Sozialdemokratie ist von Anfang an prinzipielle Gegnerin dieser Handelspolitik gewesen, der Vereinigung von Industrie- und Agrarzöllen, sie ist es heute noch, sie ist aber dabei nicht zur Nichtigkeit zusammengeschrumpft, sie hat die Zahl ihrer Wähler von nicht ganz einer *halben Million* auf mehr als *zwei Millionen* vermehrt.

Das Anschwellen der Schutzzöllnerei seit den siebziger Jahren ist dem Gesinnungswechsel der Konservativen und Nationalliberalen zuzuschreiben, die bis 1878 freihändlerisch gewesen waren und dann plötzlich ihr schutzzöllnerisches Herz entdeckten. Für diese Parteien wurden 1881 1956700 Stimmen abgegeben, 1898 2174100. Vergleicht man diese Stimmenzahlen mit denen der Sozialdemokratie, dann ist der innere Erfolg der neuen Zollpolitik ein sehr mäßiger.

Aber ganz abgesehen davon, seit wann ist es Mode, die Stimme des Volkes anzuführen als Maßstab, an dem die Richtigkeit der einen oder der anderen ökonomischen Richtung wissenschaftlich zu prüfen sei?

Man sollte eher annehmen, daß die Wähler auf das Diktum der Wissenschaft warten, um darnach ihre Abstimmung einzurichten. Aber freilich, wenn das ganze Resultat der Wissenschaft lautet: Wir wollen uns nicht festlegen, dann ist es erklärlich, daß die Wähler über der Wissenschaft stehen.

Aber darin hat Schippel recht: so dumm sind die Wähler nicht, daß sie sich dauernd für eine Sache erwärmen würden, die Niemand nützt. Also irgendwer muß auch bei dem neuen Zollsystem einen Nutzen haben.

Den einen Faktor haben wir schon genannt: die Regierung. Unter der Form einer Maßregel zum Schutze der nationalen Arbeit, zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes bekommt sie dort, wo die Parole des universalen Zollschutzes siegreich ist, eine Fülle neuer Steuern von den daran Interessirten aufgedrängt, die sie sonst der Volksmasse unter den schwersten Kämpfen abringen müßte. Also die Regierungen, ihre Presse, ihre Professoren, ihre Verwaltungsbeamten und was sonst noch an Macht der öffentlichen Meinung und Druck auf die Bevölkerung ihr zu Gebote steht, steht von vornherein dem neuen Zollsystem prinzipiell zustimmend gegenüber.

Wer sind aber Jene, die an dem Zollsystem in der Bevölkerung interessirt sind? Niemand, wenn alle unsere Voraussetzungen einträfen. Aber die Sache bekommt eine andere Gestalt, wenn diese Voraussetzungen sich ändern.

Da ist zunächst der Arbeitslohn. Wir waren gutmüthig genug, anzunehmen, er werde einer Erhöhung der Lebensmittelzölle ohne Weiteres entsprechend folgen. Aber die Löhne sind nicht so beweglich, es kostet schwere Kämpfe, sie zu erhöhen, und die Bedingungen, unter denen das neue Zollsystem wirkt, bedeuten für die Arbeiter durchaus keine Verstärkung ihrer Macht. Wir haben ja gesehen, daß es durchaus nicht anregend auf die Industrie wirkt, sie nicht rascher entwickelt, als dies unter dem Freihandel einträte. Unsere Schutzzöllner geben aber selbst zu, daß die raschere Entwicklung der Industrie und damit die zeitweise steigende Nachfrage nach Arbeit das einzige günstige Moment ist, was der Schutzzoll den Arbeitern verheißt. Bei dem neuen Zollsystem fehlt es von vornherein. Die Nachfrage nach Arbeitern ist im besten Falle dieselbe, wie sie unter dem Freihandel wäre, ihr Angebot wird durch den Zoll nicht verringert, die Löhne werden also auch nicht höher sein, als sie unter diesem wären, auch wenn die Lebensmittelpreise steigen. Darin liegt eine starke Verführung für den industriellen Kapitalisten, sich Industriezölle durch Lebensmittelzölle zu erkaufen, wenn er sie auf anderem Wege nicht erhalten kann.

Wird aber die Machtposition der Arbeiter durch das neue Zollsystem nicht gehoben, so wird dafür die Position der Unternehmer in vielen Produktionszweigen erheblich verstärkt. Dadurch, daß sie auf dem inneren Markte eine privilegirte Stellung erhalten, können sie ihn monopolisiren, sie können die Konkurrenz unter sich auf ihm ausschließen durch Begründung von mehr oder weniger engen Verbänden. Auf dem offenen Markte ist das nicht so leicht möglich, tritt es

jedenfalls später und langsamer ein. Für die inländische Arbeitskraft bietet der „Schutz der nationalen Arbeit" keinen Schutz; ihre Koalitionen können jederzeit durch Zuzug ausländischer Arbeiter gelähmt oder doch beengt werden. Der Unternehmerverband äußert sich zunächst auf dem Waarenmarkt, in der Erhöhung der Preise. Aber der Zusammenschluß dort wirkt auch zurück auf das Verhältniß zu den Arbeitern. Schon Adam Smith wußte, daß den Arbeitern gegenüber die Meister sicht leicht vereinigen können. Unternehmerverbände gegen die Arbeiter sind nichts Neues. Aber wo sie nicht erst von Lohnkampf zu Lohnkampf geschlossen werden müssen, wo sie durch die innigsten geschäftlichen Bande dauernd zusammengehalten werden, erlangen sie den Arbeitern gegenüber eine ganz andere Kraft und Ausdauer, als ehedem.

Den Arbeitern gegenüber wächst daher durch das neue Zollsystem die Kraft der Unternehmer in jenen Produktionszweigen, die sich zur Kartellirung und Syndikatsbildung eignen. Und deren Zahl wird durch den Schutzzoll sehr vermehrt.

So kann es kommen, daß, während die Lebensmittelpreise steigen, die Lohnsumme in einem Unternehmen sogar sinkt, was nicht nothwendig durch Erniedrigung des Lohnes zu geschehen braucht, sondern auch durch Verminderung der Arbeiterzahl erreicht werden kann; auch das braucht nicht eine absolute Verminderung zu sein, sondern nur eine relative, im Verhältniß zur Produktenmasse. „Der Whiskytrust schloß unmittelbar nach seiner Gründung 68 seiner 80 Brennereien und war im Stande, mit den verbleibenden 12 ebenso viel zu produziren, wie bis dahin die 80 erzeugten, und bald seine Produktion noch zu vermehren" (Hobson, „The problem of the unemployed", S. 64).

Nehmen wir unser altes Beispiel wieder auf. Das verausgabte Kapital des gedachten Unternehmens betrug 300000 Mark, der Verkaufspreis seiner Produkte auf offenem Markte 320000 Mark, durch die allseitigen Zölle wurde das Kapital auf 330000 erhöht, der Verkaufspreis der Produkte auf dem inneren Markte auf 352000, die Profitrate betrug bei Freihandel wie bei allseitigem Zollschutz $6^2/_3$ Prozent.

Wenn aber die allseitigen Zölle nicht dahin führen, die Arbeitslöhne zu erhöhen, wenn die Lohnsumme auf 100000 Mark beschränkt bleibt, dann steigt das verausgabte Kapital nur auf 320000 Mark, der Profit dagegen auf 32000 Mark, auf 10 Prozent. In diesem Falle ist also, trotz der allseitigen Zollerhöhungen, der industrielle Unternehmer erheblich besser daran, als unter dem Freihandel, bei dem der arme Teufel nur $6^2/_3$ Prozent einheimsen würde.

Gelingt es dem Unternehmen aber gar, durch Kartellirung die Lohnsumme herabzudrücken, etwa auf 80000 Mark, dann verbleibt das Kapital auf der Höhe von 300000 Mark, der Verkaufspreis steigt auf 52000, der Profit steigt ebenso hoch wie in unserem früheren Beispiel bei einseitigem industriellen Zolle.

Also: gelingt es, den Lohn des Arbeiters tiefer zu drücken, als er bei freiem Handel stände, dann kann der industrielle Kapitalist einen erhöhten Profit auch bei einem Zollsystem einheimsen, das nicht blos seinen, sondern alle Produktionszweige „schützt", Maschinen, Rohmaterialien, Lebensmittel vertheuert.

Wir gingen oben jedoch nicht blos von der Voraussetzung aus, daß bei steigenden Lebensmittelpreisen der Lohn des Arbeiters entsprechend steige, sondern auch von der, daß die Zölle alle Waarenpreise in gleichem Maße erhöhen. Diese Voraussetzung trifft jedoch nie zu. Selbst wenn auf alle Waaren ein Werthzoll in gleicher Höhe gelegt würde, etwa von 10 Prozent, würde er nicht alle Preise gleichmäßig steigern. In jenen Produktionszweigen, in denen die Konkurrenz der Produzenten eine starke, kann dadurch die Wirkung des Zolles mehr oder weniger

gelähmt und der Preis der Waaren unter das durch den Zoll geschaffene Niveau gedrückt werden. Dagegen wird ein Produktionszweig um so mehr den Zoll ausnützen und die Preise erhöhen können, je mehr für ihn auf dem Markte innerhalb des Zollgebiets die Konkurrenz ausgeschlossen ist, je weiter die Zentralisation des Kapitals in ihm gediehen, je leichter er der Kartell- und Trustbildung zugänglich ist. Also auch ein Zoll von derselben relativen Höhe muß bereits auf die verschiedenen Produktionszweige verschieden wirken und einzelnen unter ihnen Sondervortheile auf Kosten der übrigen verschaffen.

Aber die Zölle sind auch nicht für alle Waaren von der gleichen relativen Höhe. Die Zölle auf die verschiedenen Produkte sind selbst dort, wo sie als Werthzölle erhoben werden, sehr ungleichmäßig, noch mehr dort, wo sie als Gewichts- oder Stückzölle auftreten. Diejenigen Unternehmungen, ob industrielle oder landwirthschaftliche, deren Produkte mit einem höheren als dem durchschnittlichen Zollsatz belegt, können so, wenn sie sonst den Durchschnittsprofit erzielen, zu einem Extraprofit kommen. Das ist zwar von vornherein einleuchtend, der Vollständigkeit halber sei aber dieser Fall noch illustrirt. Wir nehmen an, der durchschnittliche Zollsatz betrage 10 Prozent vom Werthe. Der Produktionszweig, dem unser gedachtes Unternehmen angehört, erlange für seine Produkte einen Zoll von 20 Prozent. Wir haben dann

Bei Freihandel:

Kapital	Arbeitslöhne . .	100000 Mark		
	Rohstoffe . . .	100000 „		
	Maschinen . . .	100000 „		
	Summe		300000 Mark	
	Durchschnittsprofitrate			12 %
	Masse des Profits		36000 Mark	
	Weltmarktpreis		336000 Mark	

Bei Schutzzoll

(10 Proz. durchschnittlicher, 20 Proz. für die besondere Waarengattung. Wir nehmen den günstigsten Fall, daß auch die Summe der Arbeitslöhne um 10 Proz. steigt):

Kapital	Arbeitslöhne	110000 Mark		
	Rohstoffe	110000 „		
	Maschinen	110000 „		
	Summe		330000 Mark	
	Inlandpreis (20 Proz. über Weltmarktpreis)		403200 „	
	Masse des Profits		73200 Mark	
	Profitrate			22 %

Nähme der Arbeitslohn an der allgemeinen Steigerung der Preise durch den Schutzzoll nicht Theil, dann stiege der Profit sogar auf 26 Prozent. Man sieht, auch bei allgemeinem Schutzzoll können einzelne Unternehmungen zu fetten Extraprofiten kommen, zu denen bei allgemeinem Freihandel alle Vorbedingungen fehlen.

Diese Erwägung muß den industriellen Kapitalisten von vornherein dem Schutzzoll geneigt machen, auch dort, wo die Industriezölle mit Agrarzöllen zusammenfallen. Der Freihandel ist für die klassischen Theoretiker der bürgerlichen Oekonomie der Normalzustand in der kapitalistischen Produktionsweise; und selbst einem List gilt er als solcher und der Schutzzoll nur als Vorbereitung des Normalzustandes. Für die kapitalistischen Praktiker dagegen war der Freihandel nur unter ausnahmsweisen Zuständen eine Forderung, die sie mit aller Macht verfochten.

Sie verzichteten auf die Monopolisirung des inneren Marktes durch die Zölle nur dort, wo diese ihrer Monopolisirung des Weltmarktes im Wege standen. Selbst für die Kapitalisten Englands sind heute die Tage der freihändlerischen Begeisterung vorbei und nur der zähe englische Konservatismus, vielleicht auch noch die Furcht vor den Arbeitern, hält den Freihandel dort aufrecht.

Bei überdurchschnittlichen Zöllen kann selbst eine Exportindustrie gedeihen, wie eine Fortführung unseres Beispiels zeigt:

Ein Drittel der Produktion werde an den Weltmarkt verkauft, zwei Drittel an das durch einen Zoll von 20 Prozent „geschützte“ Inland.

Kapital		330000 Mark
Ans Ausland verkauft 1/3 der Produktion um .	112000 Mark	
Ans Inland verkauft 2/3 der Produktion um .	268800 „	
Zusammen		380800 Mark
Masse des Profits		50800 Mark
Profitrate	15½ %	
Durchschnittsprofitrate	12 %	

Selbst wenn das Unternehmen den Weltmarktpreis unterbietet, seine Produkte auf dem offenen Markte statt um 112000 nur um 102000 Mark verkauft, wird es noch den Durchschnittsgewinn von 12 Prozent erzielen und beim Export das konkurrirende Ausland aus dem Felde schlagen, dank dem Extraprofit, den ihm das Inland liefert. Dieser wächst natürlich noch, wenn der Arbeitslohn nicht in dem Maße steigt, wie die durchschnittliche Höhe der Zölle.

Der Unternehmer kann also auch dort gute Geschäfte machen, wo Industriezoll und Agrarzoll zusammenfallen. Vorbedingung ist: einmal, daß die Arbeitslöhne hübsch tief bleiben und dann, daß der besondere Zoll, den er erlangt, hübsch hoch ausfällt. Für beides soll die Staatsgewalt sorgen, die ja als der Kommis der großen Ausbeuter betrachtet wird. Statt also bei der Einbringung eines Industrie- und Agrarzölle vereinigenden Zolltarifs entrüstet gegen diesen prinzipiell aufzutreten, da er die Gesammtbevölkerung schwer belastet und die allgemeine industrielle Entwicklung nicht im Geringsten fördert, haben die Unternehmer eines jeden Produktionszweigs dabei nur eine Sorge: ob sie auch gehörig geschützt sind. Das Prinzip des Zolles nützt ihnen nichts. Sie müssen einen besonders hohen Zoll haben, sollen sie beim Zollschutz gedeihen. Daher ein Feilschen und Drängen und Stoßen um die Gunst der Regierung und der Volksvertreter, wobei in Ländern, wie Amerika, auch direkte Bestechung nicht gespart wird, wobei aber auf jeden Fall diejenigen Produktionszweige am besten wegkommen, die über das meiste Geld und Ansehen verfügen, die Agrarier durch ihre höfischen Beziehungen, die hohe Finanz, verbündet mit den Eisen- und Kohlenkönigen, durch ihre Unentbehrlichkeit bei Anleihen und Lieferungen, durch ihre ökonomische Uebermacht. Durch das Aktienwesen, in dem sonderbare Schwärmer eine „Demokratisirung“ des Kapitals sehen, konzentrirt die hohe Finanz immer mehr die großen industriellen Betriebe in ihren Händen. Die moderne Vereinigung des Industriezolls mit dem Agrarzoll bedeutet also nur die Erneuerung des Raubsystems der Vereinigung von Adel und Hochfinanz, die schon im ancien régime durch Vermittlung der Regierungen die Völker brandschatzte. Das moderne Zollsystem, die Vereinigung von Industrie- und Agrarzoll, bedeutet nur die Uebertragung des alten pacte de famine aus der feudalen Form in die industrielle.

Die Kosten haben die Unternehmer der minderbegünstigten Produktionszweige und die Arbeiterschaft zu tragen.

Wieso kommt es aber, daß auch jene sich nicht entschieden gegen die Neueinführung des alten Raubsystems wehren, daß auch sie nicht prinzipiell als Gegner desselben auftreten, sondern nur an einzelnen Zollpositionen mäkeln, so daß sie Schippel als Kronzeugen für die Vortrefflichkeit dieses Systems vorführen kann?

Daran ist einmal ihre Kurzsichtigkeit schuld, die den kleinen Unternehmer seit jeher kennzeichnet. Er sieht zunächst nur die Thatsache, daß der Zoll die Preise seiner Waaren erhöht. Die Zusammenhänge dieser Preise mit den anderen merkt er nicht, oder doch nicht rechtzeitig. Dann aber, wie soll er gegen die Vereinigung von Regierung, Agrariern und hoher Finanz, die den wichtigsten Theil der Großindustrie monopolisirt, aufkommen? Um mit den Agrariern allein fertig zu werden, mußte die mächtige englische Großindustrie, die damals im Bunde mit der hohen Finanz stand, in den vierziger Jahren das Proletariat zu rücksichtslosestem Kampfe aufrufen. Das wagt der kleine und mittlere Bourgeois heute nicht mehr, dessen Reihen überdies dadurch gespalten sind, daß ein Theil von ihnen an dem höheren Zollschutz theilnimmt und durch ihn profitirt.

Eine stärkere Bewegung geht durch die bürgerlichen Reihen nur noch dann, wenn ein Theil der an den bevorzugten Zöllen Partizipirenden gar zu unverschämt wird, wie gerade jetzt die Agrarier.

Der jetzige Weizenzoll beträgt 35 Mark pro Tonne, bei einem Weltmarktpreis von etwa 128 Mark (dies war der Preis in London im Durchschnitt der Jahre 1892 bis 1898). Also der jetzige Zoll beträgt schon 28 Prozent des Werthes. Ein 60 Mark-Zoll würde fast 50 Prozent des Werthes ausmachen!

Bei keinem Industriezoll ist unseres Wissens auch nur annähernd eine solche relative Zollhöhe zu verzeichnen.

Aber nicht genug damit, steuern unsere Agrarier auch noch auf Zollkriege und Abbruch der Handelsverträge hin. Das wird selbst den prinzipiellsten Verehrern des neuen Zollsystems, soweit sie nicht Agrarier, zu bunt.

Jedoch weiter als zur sanften Ablehnung der außergewöhnlichsten Frechheiten der Agrarier versteigt sich die Masse der industriellen Kapitalisten nicht mehr. Sie suchen die mittlere Linie, auf der sich mit den Agrariern leben läßt.

Dies die Erklärung des großartigen „inneren Erfolges" der Bismarckschen Wirthschaftspolitik, den Schippel als Volksverdikt produzirt.

Wollen aber die Unternehmer der nicht außergewöhnlich geschützten Industrien den durchschnittlichen Profit einheimsen bei außergewöhnlichen Zollsätzen und bei außergewöhnlichen Kartell- und Syndikatspreisen für andere Industrien und die Landwirthschaft, dann werden sie gedrängt, die ihnen auferlegte Last auf den Schwächsten abzuwälzen. So finden wir auch hier wieder den Lohnarbeiter als denjenigen, gegen den sich das ganze neue Zollsystem richtet.

Es ist nur eine nothwendige Konsequenz dieses Systems, welches die Verstärkung der Monopolgewalt des großen Kapitals und des Großgrundbesitzes durch die Staatsgewalt anstrebt, daß diese sich unter ihm arbeiterfeindlicher zeigt, als unter dem Freihandel, der in seiner bürgerlichen Form wohl vom Arbeiterschutz nichts wissen wollte, aber auch die Niederhaltung der Arbeiter dem Kapital überließ und die Staatsgewalt dazu in normalen Zeiten nicht heranzog. Es ist kein Zufall, daß schon bei seiner Geburt das neue Zollsystem Hand in Hand ging mit der Vergewaltigung der Arbeiterklasse, mit dem Sozialistengesetz in Deutschland. Der Fall des Sozialistengesetzes leitete die Handelspolitik Caprivis ein, die eine Milderung des Bismarckschen Zollsystems bedeutete. Der neuerliche Ansturm der agrarindustriellen Zöllnerei geht aus von denselben Kreisen, die der Arbeiterklasse am feindseligsten und gehässigsten gegenüberstehen. Andererseits geht unter den

Kapitalisten Englands die Vorliebe für den Freihandel immer mehr zurück. In demselben Maße wächst nicht nur ihre Vorliebe für Gewaltthaten nach außen, für eine koloniale Unterdrückungs- und Eroberungspolitik, sondern auch ihr Streben, der Arbeiterbewegung durch Mittel der Gesetzgebung und Rechtsprechung entgegenzutreten.

Während so die neue Handelspolitik als einen ihrer Grundzüge eine besondere Arbeiterfeindlichkeit entwickelt, wächst wieder auf Seite der Arbeiterklasse die Feindseligkeit gegen diese Politik. Zur Zeit des alten Schutzzollsystems hatten die Arbeiter, soweit sie der bürgerlichen Leitung sich entwunden hatten, wie die Chartisten der vierziger und die deutsche Sozialdemokratie der siebziger Jahre, es abgelehnt, sich für den Freihandel oder den Schutzzoll zu begeistern. Jene Arbeiter, die noch den Schwanz bürgerlicher Parteien bildeten, wie die Mehrzahl der amerikanischen und australischen, hatten eine Vorliebe für den industriellen Schutzzoll bekundet, wenn die industriellen Kapitalisten darnach verlangten. Wo dagegen das neue Zollsystem auftritt, das nicht mehr ein System des *Schutzes* ist, sondern nur noch ein System der *Privilegirung* einzelner Produktionszweige auf Kosten der anderen Produktionszweige und der Volksmasse, da empören sich die Arbeiter dagegen; nicht blos die sozialdemokratisch „verhetzten", das heißt aufgeklärten, also tieferblickenden, sondern auch die oberflächlicher urtheilenden, wie zum Beispiel die ultramontan denkenden. Anscheinend richtet sich ihre Gegnerschaft blos gegen die Agrarzölle. Aber da diese der Angelpunkt des ganzen neuen Zollsystems geworden sind, so gilt sie thatsächlich dem letzteren, wie Jedem klar wird, der es in seinen nothwendigen gesellschaftlichen Zusammenhängen erfaßt hat.

Konnte ehedem die Frage, ob Freihandel, ob Schutzzoll, in erster Linie als eine Frage des Verhältnisses zwischen Kapitalprofit und Grundrente erscheinen, galt sie nur in zweiter Linie als eine Frage des Arbeitslohns, so entstammt das moderne privilegirende Zollsystem dem Bündniß von Profit und Grundrente, das sich von vornherein entschieden gegen den Arbeitslohn richtet. Der Freihandel hört nun auch für die weniger aufgeklärten Arbeiter auf, eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie oder gar eine ihnen feindliche Forderung zu sein, er wird für sie so nothwendig, wie die Koalitionsfreiheit und die Freizügigkeit, er wird ein Objekt ihres Klassenkampfes gegen ihre vereinigten Ausbeuter.

Das sind die Grundsätze proletarischer Handelspolitik. Ein Buch, wie das Schippelsche, müßte vor Allem ihrer Untersuchung gewidmet sein. Davon ist jedoch bei ihm keine Rede. Man sollte meinen, die Frage, wie die Vereinigung von Industrie- und Agrarzöllen auf den Lohn wirkt, hätte mehr als jede andere den Sozialisten, ja den bürgerlichen Sozialreformer zu interessiren, der über die Grundzüge der Handelspolitik schreibt. Schippel geht an ihr vorüber.

Sie erscheint uns wichtig genug, ihr noch einige Worte zu widmen.

Ehedem, zur Zeit der englischen Freihändleragitation und des Chartismus, als noch die Lehre vom ehernen Lohngesetz allgemein herrschte und Marx diese noch nicht überwunden hatte, nahm man allgemein an, der Lohn werde durch den Schutzzoll kaum berührt; einer Erhöhung der Preise folge eine Erhöhung der Löhne, wie umgekehrt einem Sinken der Preise ein Sinken der Löhne. Daher galt damals den Sozialisten der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll als ein Kampf zwischen Grundrente und Profit, der die Arbeiter nicht viel angehe. Schippel weiß von diesen Anschauungen nicht verächtlich genug zu sprechen als von der „starren Schablone der alten abstrakten Lohntheorie", „der alten abstrakten bürgerlichen Orthodoxie", der „fatalistischen Lohnelendstheorie" von Marx und Engels (S. 331 bis 334); er blickt auf sie so verächtlich herab, als wäre er es selbst,

der diese „starre Schablone“ überwunden, als wüßte er nicht alles, was dagegen zu sagen, gerade von Marx und Engels, als hätte er nicht diese Anschauung selbst noch vor einem Dutzend Jahren verfochten, lange nachdem Marx sie schon widerlegt. Aber er ist so sehr Feind jeder „starren Schablone“, daß er nicht den mindesten Versuch macht, uns systematisch zu zeigen, welches seine eigene jetzige Lohntheorie. Er läßt nur einige Andeutungen darüber fallen, daß die Zölle das Kapital vermehren und daß mit dem Kapital auch der Lohn wächst.

So heißt es zum Beispiel S. 201:

„Wäre der bloße äußere Erfolg bereits das Entscheidende, dann hätten freilich die heutigen handelspolitischen Mehrheiten leicht triumphiren. Unter seinen Industriezöllen von 1879, die im Allgemeinen stabil geblieben sind, unter seinen Getreidezöllen, die heute gegen 1879 sogar dreieinhalbmal höher stehen, hat Deutschland einen derart glänzenden Aufschwung erlebt, daß die deutsche Bourgeoisie sich bisweilen schon als Erbin der englischen Weltstellung sieht und daß auch in den Schichten der Ausgebeuteten die alten fatalistischen Anschauungen über fortschreitende wirthschaftliche Verpauperung und immer tiefere soziale und politische Herabdrückung der lohnarbeitenden Massen eine vollkommene Umwandlung erfahren haben.“

Diese Anschauung hat der Minister Möller dankbarst acceptirt. In der Sitzung des Reichstags vom 5. Dezember erklärte er (nach dem Bericht des „Vorwärts“):

„Seit dem Zollsystem von 1879 hat sich die wirthschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland in ganz ungeahnter Weise gehoben. (Widerspruch links.) Gewiß, die Handelsverträge haben dazu mitgewirkt und ich behaupte noch heute, daß sie nützlich und nothwendig sind, aber die Grundlage des Aufschwunges war der Zolltarif von 1879. In diesem Jahre ist die Wende gekommen. (Lachen links.)

„Die Löhne der Bergarbeiter sind nach der amtlichen Statistik der preußischen Bergbehörden, nachdem sie 1878 einen Tiefpunkt erreicht hatten, seit 1879 sehr stark gestiegen, bis sie dann in den letzten Jahren eine durchschnittliche Jahreshöhe von 1350 Mark erreichten. Auch bei den anderen Arbeiterkategorien hat ein Aufschlag der Löhne seit 1879 um etwa die Hälfte stattgefunden. Auch in den Reihen der Sozialdemokratie erkennen ja einige gelehrte Herren diese Zahlen an und erklären keineswegs jedes Zollsystem für unbedingt verwerflich, das eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bringt.“

Also 1879 war der Wendepunkt. Nehmen wir einen Augenblick an, dem wäre so. Aber was zwingt uns, dem Zollsystem diese Wendung durch Gottes Fügung zuzuschreiben? 1878 kam das Sozialistengesetz. Warum nicht schreiben: „Würde der äußere Erfolg allein entscheiden, dann wäre das Sozialistengesetz glänzend gerechtfertigt. Denn —“ u. s. w. wie oben.

Daß die ökonomische Entwicklung Deutschlands dem Zollschutz zuzuschreiben, wäre erst zu beweisen. Die Entwicklung in den zwanzig Jahren vor 1879 war zum Mindesten eine ebenso glänzende, wie die nach diesem Jahre.

Es betrug die Produktion von Steinkohlen:

1860	12350000	Tonnen		
1880	46970000	"	Zunahme	280 %
1900	109220000	"	"	132 %

Es betrug die Produktion von Roheisen:

1860	529000	Tonnen		
1880	2729000	"	Zunahme	416 %
1899[1]	8143000	"	"	197 %

[1] Die Zahl für 1900 haben wir nicht zur Hand.

Es betrug der Verbrauch von Baumwolle:

1856/60 . . .	46831 Tonnen		
1876/80 . . .	124549 "	Zunahme	166 %
1896/1900 . .	302316 "	"	142 %

Also so enorm auch der Fortschritt in den Jahren seit dem Wirken des neuen Schutzzolls war, er war noch rascher vor seinem Auftreten in den zwei Dezennien zunehmenden und schließlich fast vollständigen Freihandels. Wir dürfen daher wohl annehmen, der Fortschritt der letzten zwanzig Jahre sei nicht dem Schutzzoll zuzuschreiben, sondern der Thatsache, daß die deutsche Industrie so günstige Bedingungen findet, namentlich eine so hochstehende Arbeiterklasse, daß sie unter allen Umständen fortschreitet und durch die tollsten handelspolitischen Experimente nicht umzubringen ist.

Schippel bringt in seinem Buche später eine Reihe statistischer Daten, die den Fortschritt seit 1880 anzeigen. Den von 1860 bis 1880 zu illustriren, hat er leider vergessen. Was aber die „alten fatalistischen Anschauungen über fortschreitende wirthschaftliche Verpauperung &c. der lohnarbeitenden Massen" anbelangt, die durch die glänzenden Erfolge der Bismarckschen Handelspolitik angeblich erstickt wurden, so wird diese „vollkommene Umwandlung der Anschauungen" gekennzeichnet durch ein Buch aus dem Jahre 1888, wo schon reichliche Erfahrungen über jene Politik vorlagen, ein Buch, das den Titel trägt: Das moderne Elend, in dem es sogar von unseren Gegnern heißt: „Heute ist die alte fatalistische Anschauung noch die herrschende, nach welcher Noth und Elend unabänderliche Begleiterscheinungen unserer Bevölkerungsvermehrung sind" (S. 13). Und an anderer Stelle wird da gesagt: „So wenig wir das Elend in Stadt und Land in seiner ganzen Größe und Furchtbarkeit kennen, so wird doch alle Welt erbebend gewahr, wie unheimlich rasch es gewachsen ist" (S. 8). „So lange die Arbeiterklasse nicht selber über die Produktionsmittel verfügt, muß sie sich unter immer ungünstigeren Verhältnissen an das Kapital verdingen und unter diesem Zwang wird der Lohn beständig um den Punkt des nothdürftigsten Lebensunterhalts sich bewegen und eher sinken als steigen" (S. 250). U. s. w.

Der Verfasser dieses Buches, das noch die „alte fatalistische Anschauung" des absolut, unbedingt wachsenden Elends mit voller Schärfe vertritt, die 20 Jahre vorher schon das „Kapital" überwunden, war Max Schippel. Auf ihn scheint also der so überwältigende äußere und innere Erfolg der Bismarckschen Wirthschaftspolitik damals noch nicht die geringste Wirkung geübt zu haben. Aber es ist ja auch allgemein bekannt, daß jene optimistische Stimmung mancher Genossen, die man Ueberwindung der „Verelendungstheorie" benannt hat, ein Produkt nicht der genannten Wirthschaftspolitik, sondern des ökonomischen Aufschwunges von 1896 bis 1899 ist, der mit jener gar nichts zu thun hatte, eine internationale Erscheinung war und, soweit er durch die Handelspolitik gefördert wurde, dies dem bischen Milderung der Bismarckschen durch die Caprivische verdankt.

Schippel selbst scheint zu ahnen, wie wenig beweiskräftig seine Argumente sind und es wird ihm schwül dabei zu Muthe. Nachdem er den Leser in die Falle seiner Beweisführung gelockt, beeilt er sich, noch rechtzeitig ihr zu entschlüpfen, ehe er darin mit eingeklemmt wird. Er schließt den in Rede stehenden Absatz mit den Worten: „Andererseits jedoch: ist England nicht beim Freihandel geblieben und hat die englische Arbeiterklasse ihre soziale Stellung nicht aufrechterhalten und fortgesetzt weiter erhöht? Also der bloße äußere Erfolg beweist unseres Erachtens sehr wenig" (S. 201).

Schippel behauptet demnach wohl den äußeren Erfolg der Bismarckschen Wirthschaftspolitik auch für den Lohn, aber er ist zu — gewissenhaft, etwas daraus zu schließen. Sich nur nicht erwischen lassen! Er bringt uns in die Stimmung, anzunehmen, daß ein Zoll von dreieinhalb Mark auf Brotgetreide den deutschen Arbeitern von höchstem Vortheil gewesen, aber er behauptet es nicht bestimmt. Wir bekommen nichts Entschiedenes über die Wirkung des Zolles auf den Lohn zu hören.

Um so bestimmter spricht unser sozialdemokratischer Theoretiker dort, wo er den Einfluß der Zölle auf die Grundrente behandelt.

Aber das erfordert einen eigenen Artikel. (Schluß folgt.)

Antisoziales aus der Gewerkschaftsbewegung.

Von **Julius Grünwald** (Wien).

Die Ausführungen Düwells (Nr. 49 der „Neuen Zeit“, voriger Jahrgang), die in der Praxis darauf hinauslaufen, hohe Gewerkschaftssteuern als antisozial zu verurtheilen, veranlassen mich, auf Grund der Erfahrungen aus österreichischen Gewerkschaften Einiges hierzu zu sagen.

Der Streit, ob hohe Steuern den eigentlichen Zwecken der Gewerkschaften dienlich sind oder nicht, ist wohl so alt wie diese selbst und wird wohl eine Begleiterscheinung derselben bleiben, so lange solche überhaupt nothwendig sind. Die Frage: ob Kampfes-, ob Unterstützungsorganisation, ist heute zwar schon so ziemlich in den Hintergrund getreten: es giebt meines Wissens keinen erfahrenen Gewerkschafter mehr, der nicht zugeben würde, daß der eine Zweig gewerkschaftlicher Bethätigung den anderen nicht zu verdrängen, sondern im Gegentheil zu stärken und zu unterstützen berufen ist. Ohne gewerkschaftliches Unterstützungswesen kein gewerkschaftlicher, planmäßiger Kampf, und ohne Kampf kein Unterstützungswesen! Die Akten über diese Frage, die auch die deutschländischen Arbeiter ziemlich lange beschäftigte, sind meiner Ansicht nach wohl schon geschlossen.

Ist man sich aber über diese Frage klar geworden, dann ist meines Erachtens auch auf die sie ergänzende: ob hohe, ob niedere Beiträge, die Antwort gegeben. Das heißt: Was soll man wohl als „hohe“ Beiträge ansehen? Düwell scheint die heute in den deutschländischen Gewerkschaften üblichen Beiträge bis zu 30 Pfennig pro Woche schon für zu hoch zu halten (höhere Beiträge dürfen nach dem letzten Bericht der Generalkommission doch schon zu den Ausnahmen gezählt werden). In Oesterreich sind die Beiträge zum größten Theile noch niedriger. Nach dem anläßlich des vorjährigen Gewerkschaftskongresses veröffentlichten Bericht der Zentralkommission haben von 247 befragten Gewerkschaften nur 60 — also kaum ein Viertel! — einen Wochenbeitrag von mehr als 24 Heller = 20 Pfennig eingehoben, und die Zahl jener Vereine, deren Steuer mehr als 36 Heller = 30 Pfennig betrug, fiel gar auf 22 (allerdings sollen die österreichischen Gewerkschaften außer den regelmäßigen Beiträgen noch solche für die Zwecke der Lohnkämpfe einheben. Doch hatten solche Fonds von den oben erwähnten 247 Gewerkschaften nur 99, von welchen nur bei 17 der Beitrag mehr als 10 Heller pro Woche betrug). Ob nun wohl mit solchen Beiträgen vorerst die Gewerkschaften befähigt werden, die Interessen ihrer Mitglieder energisch zu wahren: des Weiteren aber, ob damit die Grenze der Leistungsfähigkeit selbst niedriger entlohnter Arbeiter erreicht ist, bedarf doch wohl einer näheren Untersuchung.

Für die Zwecke der Zwangs-Krankenversicherung der Arbeiter stellt das österreichische Gesetz die Norm einer dreiprozentigen Steuerung vom ortsüblichen Lohne auf. Soll es nun gar so „antisozial“ gedacht sein, als Ideal die Möglichkeit hinzustellen, den Arbeitern zumindest in einem nennenswerthen Bruchtheil begreiflich zu machen, daß der Nutzen, den ihnen die Gewerkschaften bringen, zumindest jenem gleich

Kommen Christi. Aber ihre Wahrheit und Tiefe ist begrenzt und bricht sich, wie an einer Mauer, an der Thatsache, daß sie nicht die künstlerische Wiederspiegelung einer neuen Klasse ist, die höhere Produktionsformen bringt und, damit korrespondirend, ein neues Ideal hegt. Darum hat die naturalistische Literatur wohl viel Schönes geschaffen, sich aber nicht in der höchsten Form alles menschlichen Denkens und Vorstellens geäußert — in der Poesie. Wo sie diese auch nur berührte, streifte sie ihr gleich das schimmernde Gold von den Schwingen ab und beraubte sie ihres bezaubernden Glanzes. Ihr großes Verdienst ist es, nach der Kenntniß vom Menschen als natürlichem Wesen gesucht und nach einer langen Zeit der Hohlheit und Phrase wieder Wahrheit in die Kunst gebracht zu haben; und diese Wahrheit und Kenntniß wird die proletarische Kunst von ihr erben. Aber diese Kunst wird noch mehr besitzen: die Kenntniß aller gesellschaftlichen Kräfte — und ein Ideal, das außer ihr selbst liegt. Mit anderen Worten: wo aus der bewußten Arbeiterbewegung, aus der Freude am Kampfe und den nahenden Triumphen heraus eine neue Kunst erblüht, kann sie sich nicht mit der einfachen Schilderung dessen, was sie sieht, begnügen, auch nicht mit der der Kämpfe und des Lebens der Proletarier. Vielleicht wird sie anfangs diese Kämpfe gar nicht einmal berühren. Warum könnte sie nicht, gerüstet mit der neugewonnenen Einsicht, noch einmal mit breiter Vorstellungskraft den Glanz der untergehenden bürgerlichen Welt festhalten, wie Homer den des untergehenden griechischen Barbarenthums? Oder warum könnte sie nicht in einem halb tragischen, halb sarkastischen Bilde die letzten Zuckungen des bürgerlichen Strebens in der neu erblühenden Gesellschaft zusammenfassen, wie Cervantes es mit der Ritterwelt that? Nicht im Gegenstand, sondern in der *Auffassung desselben* wird ihr eigenartiger Charakter sich zeigen. Aber immer wird ihr Eins eigen sein: der Schimmer eines, wenn auch nicht hell leuchtenden, so doch sicheren Glückes; denn nicht nur kennt und begreift sie, wie die Naturalisten, die Dinge, mit denen die Dichtkunst sich am liebsten beschäftigt, die Gefühle und Leidenschaften der Menschen und die Thaten, die aus ihnen hervorgehen, sondern sie durchschaut auch ihre Ursachen. Und darum wird auch da, wo sie die Wirklichkeit zum Hintergrund ihrer Vorstellungen nimmt, die Liebe, die Erwartung, die Hoffnung des Dichters und der Klasse, deren Gefühle er ausspricht, und die Freude über das Bewußtwerden dieser Klasse wie ein helles Licht durch die Darstellung der Wirklichkeit hindurchstrahlen. Zwischen seiner Kunst und der der Naturalisten besteht der große Unterschied, daß ihm wieder die Erkenntniß dessen, was für ihn und viele andere Menschen gut ist, eigen sein wird, während die Naturalisten zwischen gut und schlecht keinen Unterschied machten und diese Freude nicht kannten, weil sie die Menschen nur als natürliches, nicht aber als gesellschaftliches, moralisches Wesen betrachteten.

(Schluß folgt.)

Grundzüge der Handelspolitik.

Von K. Kautsky.

(Schluß.)

3. Die Agrarzölle.

Eine Erörterung über die Agrarzölle geht von einem ganz anderen Ausgangspunkt aus, als eine über die Industriezölle. Den Schutz der Industrie verlangt man, um eine junge, aufstrebende Industrie zu schützen vor der Konkurrenz einer alten, kraftvollen; sie zur Ebenbürtigkeit mit der letzteren zu bringen, sie zu befähigen, schließlich ebenso billig zu produziren wie diese.

Anders der Agrarzoll. Er soll eine alte Landwirthschaft schützen vor der Konkurrenz einer jungen, aufstrebenden; er soll jener die Nothwendigkeit ersparen, dieser auf offenem Markte gewachsen zu sein, er soll sie befähigen, ständig theurer zu produziren, als die letztere.

Der Endzweck aller ökonomischen Entwicklung ist aber die Vermehrung der Produktivität der Arbeit, das heißt, in der Sprache der Waarenproduktion gesprochen, die steigende Billigkeit der Waaren, das stete Wachsthum der Menge von Gebrauchswerthen, die um einen gleichen Preis zu erwerben sind. Unter der Herrschaft der Waarenproduktion drückt sich der Fortschritt der Kultur aus im Sinken der Preise.

Der Industriezoll im Listschen Sinne als Erziehungszoll ist also wenigstens seiner Absicht nach kulturfördernd, der Agrarzoll von vornherein kulturfeindlich.

Der Gegensatz tritt noch in anderer Weise auf.

Der Industriezoll will die kapitalistische Entwicklung beschleunigen, also jene Klassen vermehren, die heute revolutionär sind. Er kann das Kapital nicht vermehren, ohne das Proletariat zu vermehren. Der Agrarzoll will jene Klassen erhalten und kräftigen, die sich der gesellschaftlichen Entwicklung am energischsten widersetzen, die Großbauernschaft und das Junkerthum. Erweist sich der Industriezoll, wo er seinen Zweck erfüllt, als revolutionär, so der Agrarzoll als reaktionär.

Der Listsche Industriezoll geberdet sich als V o r s c h u ß, den die wachsende Industrie mit reichen Zinsen wieder erstatten wird; der Agrarzoll tritt auf als ein A l m o s e n, das man einem bankerotten Geschäftsmann zukommen läßt, um ihm die Weiterfristung seiner Existenz zu ermöglichen.

Die N o t h l a g e der Landwirthschaft ist daher die Grundlage, auf die die Agrarzöllner bauen.

Hier stimme ich, im Gegensatz zu manchem anderen Parteigenossen, mit Schippel darin überein, daß ich ebenfalls eine Nothlage der Landwirthschaft anerkenne — der Landwirthschaft, nicht aller Landwirthe. Die Landwirthschaft ist in einer chronischen Krisis, wie seit zwei Jahrzehnten die Textilindustrie. Das wird weder dadurch widerlegt, daß ihre technische Entwicklung fortschreitet, noch dadurch, daß hier und da ein vorübergehender Aufschwung merkbar ist, endlich auch nicht dadurch, daß einzelne Unternehmungen bessere Resultate erzielen, wenn sie durch außergewöhnliche Intelligenz des Leiters, große Kapitalkraft oder sonstige außerordentliche Vortheile begünstigt werden.

Bei dieser Gelegenheit muß ich jedoch etwas richtig stellen. Schippel weist darauf hin, daß ich die Höhe des landwirthschaftlichen Nothstandes besonders hoch einschätze und daß ich „nichts Geringeres vorschlage, wie jährlich 500 Millionen Mark in anderer Weise (als durch Agrarzölle) und zu bestimmten Zwecken für die Landwirthschaft aufzubringen“ (S. 352).

Was aber in meiner Schrift über „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ wirklich steht, ist Folgendes: Der 5 Mark-Zoll für Getreide würde auf das deutsche Volk eine Steuer von 500 Millionen Mark legen. Wollte man diese enorme Summe statt durch Getreidezölle durch eine E i n k o m m e n s t e u e r aufbringen und zur Hebung der K u l t u r d e s L a n d v o l k e s (Bau von Schulen, menschenwürdigen Arbeiterwohnungen ꝛc.) verwenden, dann hätte ich dagegen nichts einzuwenden.

Jedermann muß zugeben, daß dies etwas ganz Anderes ist als der „Vorschlag“, den Schippel mich machen läßt.

Gerade das, was ihn charakterisirt, die Forderung, an Stelle des Zolles die Einkommensteuer zu setzen und den Ertrag statt zur Unterstützung der landwirthschaftlichen Unternehmer zur Unterstützung der Kultur vor Allem der Landarbeiter

und Zwergbauern zu verwenden, gerade das verschweigt Schippel, obgleich gerade diese Momente zeigen, daß es sich nicht um einen praktischen Vorschlag, sondern um eine Illustrirung der Höhe der Volksbelastung durch den Getreidezoll und eine Verhöhnung der politischen Heuchelei des Junkerthums zu thun war, das angeblich diese Zölle im Interesse des armen Landvolkes fordert, aber sich hütet, irgend etwas Ernstliches zu seiner Hebung zu unternehmen.

Das Verschweigen Schippels ist aber um so bemerkenswerther, als er auch verschweigt, daß dieser „Vorschlag" gethan wurde in einer Schrift zur Bekämpfung des Zollwuchers und speziell der Getreidezölle. Wer von mir nichts als die Stellen kennt, in denen sich Schippel in seinem Buche auf mich beruft, der muß zur Ansicht kommen, ich sei mit ihm ein Herz und eine Seele. Aber diese Falschmünzerei sei ihm verziehen. Ich kann nicht von ihm verlangen, daß er mich besser behandelt als Marx und Engels. Das gebe ich jedoch zu: Ich stimme mit Schippel überein in der Anerkennung einer chronischen ökonomischen Krise für die Landwirthschaft.

Und auch darin stimme ich ihm zu, daß diese Krise erzeugt wurde durch die Konkurrenz der überseeischen und der östlichen Landwirthschaft. Damit hat aber leider unsere Seelengemeinschaft schon ein Ende.

Warum ist die Konkurrenz der außereuropäischen Landwirthschaft für die europäische so gefährlich geworden? Wegen ihrer niedrigen Produktionskosten? Aber ihre Niedrigkeit bestand schon lange vor der Krise der Landwirthschaft und sie fangen an, zu steigen. Was ihre Konkurrenz gefährlich machte, war die Entwicklung des Transportwesens, der Dampfschiffahrt und der Eisenbahnnetze. Diese aber wachsen beständig, müssen wachsen mit dem wachsenden Kapitalismus, und der technische Fortschritt ist ununterbrochen daran, die Frachtraten herabzudrücken und so die Konkurrenz der außereuropäischen Produkte zu erleichtern.

Für den Reaktionär giebt es gegenüber diesem wie jedem anderen unangenehmen Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung ein sehr einfaches Rezept: man macht diese Entwicklung ungeschehen. Nicht umsonst sind unsere Junker Gegner des Eisenbahnwesens sowie der Erweiterung des norddeutschen Kanalnetzes. Auf derselben Höhe wie die Kanalfeindlichkeit steht aber die Zollfreundlichkeit. Der Agrarzoll soll dasselbe bewirken, was die Feindschaft gegen die Kanäle bezweckt. Er bildet einen Zuschlag zu den Spesen der Verfrachtung der Agrarprodukte aus dem Ausland nach Deutschland. Auch hier zeigt sich uns wieder die reaktionäre Seite des Agrarzolls. Er steht auf derselben Höhe wie etwa die Waarenhaussteuer oder die Chikanirung der Konsumvereine. Er soll wie diese einen ökonomischen Fortschritt, den er nicht verhindern kann, wenigstens verlangsamen.

Aber ebenso wenig wie diese kann er sein Ziel erreichen. Wir haben im vorigen Artikel gezeigt, daß ein Schutzzoll, der alle Produktionszweige gleichmäßig trifft, keinem etwas nützt. Bei allseitigem Zollschutz können nur jene Zweige profitiren, die durch ihn besonders begünstigt werden.

Das ist nun bei der Landwirthschaft gegenüber der Industrie der Fall, soweit die relative Höhe des Zolles, die freilich nicht allein in der Frage der Begünstigung maßgebend ist, darauf schließen läßt. Der Einfuhrwerth der Fabrikate betrug 1900 im Deutschen Reiche 1200 Millionen Mark, der Zollertrag 120 Millionen, der durchschnittliche Werthzoll also 10 Prozent. Dagegen der Einfuhrwerth von Nahrungs- und Genußmitteln 1800 Millionen Mark, der Zollertrag 365 Millionen, der durchschnittliche Werthzoll 21 Prozent.

Aber man darf auch die Landwirthschaft nicht als einheitliches Ganze auffassen. Die Entwicklung der Waarenproduktion führt auch hier zu wachsender

Spezialisirung; der einzelne Betrieb wirft sich immer mehr auf einzelne Spezialitäten und kauft die Mehrzahl seiner Rohmaterialien und Nahrungsmittel auf dem Markte, statt sie selbst zu produziren. Der Viehmäster kauft Magervieh oder Jungvieh und Futter, der Milchproduzent kauft Milchkühe und Futter, beide kaufen sie Mehl zum Brote, der Getreideproduzent kauft wieder Spannvieh, kauft Butter (oder Margarine) für sich und seine Leute u. s. w. Was er bei der Preiserhöhung durch den Zoll auf der einen Seite gewinnt, kann er gerade bei entwickelter agrarischer Arbeitstheilung durch die Preiserhöhung seiner der Landwirthschaft entnommenen Produktions- und Konsumtionsmittel verlieren.

Es werden also auch, wenn die Agrarzölle relativ viel höher sind als die Industriezölle, trotzdem nur jene landwirthschaftlichen Betriebe dadurch gefördert werden, die sich eines besonders hohen Zolles auf ihre speziellen Erzeugnisse erfreuen. Die anderen bleiben von den allgemeinen Agrarzöllen im besten Falle unberührt, sie können durch diese sogar erheblich geschädigt werden.

Sind aber die Agrarzölle durchschnittlich doppelt so hoch wie die Industriezölle, so sind wieder unter den Agrarzöllen diejenigen auf Getreide besonders hoch. Der Einfuhrwerth von Getreide, Hülsenfrüchten und Malz betrug 1900 539 Millionen Mark, der Zollertrag davon 132 Millionen, der Zoll also 24,4 Prozent, fast ein Viertel des Werthes. Dabei stehen aber die Vertragszölle auf Hafer (mit 2,80 Mark pro 100 Kilogramm), Gerste (2 Mark), Mais (1,60 Mark) und Hülsenfrüchte (1,50 Mark) tiefer als jene auf das Brotgetreide (3,50 Mark). Wir haben im vorigen Artikel gesehen, daß die letzteren Zölle 28 Prozent des Werthes ausmachen. Bei einem 6 Mark-Zoll würden sie fast 50 Prozent ausmachen.

Angesichts dessen begreift man das Interesse, welches gerade die *Getreideproduzenten* an dem heutigen Zollsystem haben. Dieses ist vor Allem ihnen auf den Leib geschnitten und der neue Tarif soll ihre Bevorzugung noch vermehren. Es wäre überflüssig, hier nochmals näher auf statistische Zahlen einzugehen, die in letzter Zeit immer und immer wieder vorgebracht worden sind. Bekanntlich sind es im Durchschnitt nur die Betriebe über 20 Hektar, von denen man annehmen kann, daß sie vorwiegend an hohen Getreidepreisen Interesse haben. Hier und da giebt es auch kleinere Betriebe, die dieses Interesse theilen, andererseits wieder größere, die das entgegengesetzte Interesse haben. Die Zahl der einen dürfte sich kompensiren durch die der anderen, so daß man die Zahl der Betriebe mit mehr als 20 Hektar als die jener ansehen kann, welche an den Getreidezöllen interessirt sind. Das wären 300000 von nahezu 5300000. An gar keinem Agrarzoll interessirt sind jedenfalls die Zwergbetriebe unter 2 Hektar, deren Besitzer eher mehr Lebensmittel kaufen als verkaufen. Das sind allein 3240000. Die restlichen 2 Millionen, die Wirthschaften von 2 bis 20 Hektar, verlieren im Durchschnitt wahrscheinlich mehr durch Getreide- und andere agrarische Zölle, als sie durch den einen oder anderen Zoll gewinnen.

Aber allerdings fallen die 300000, darunter die 25000 Großgrundbesitzer, politisch und ökonomisch schwer ins Gewicht, denn sie besitzen 17702000 Hektar landwirthschaftlich benutzten Bodens, die anderen 5 Millionen nur 14816000. Die 300000 können ganz anderen Spektakel machen, auf Regierungen und Volksvertretungen ganz anders einwirken, wie die 5 Millionen, und so sind es die ersteren, welche unsere Handelspolitik entscheidend beeinflussen, zum Nachtheil nicht nur der Industrie und ihrer Arbeiter, zum Nachtheil nicht nur der besitzlosen Lohnarbeiter auf dem Lande, sondern auch der ungeheuren Mehrheit der Besitzer landwirthschaftlicher Betriebe.

Von dem verschiedenen Interesse der verschiedenen landwirthschaftlichen Betriebe an den Agrarzöllen schweigt Schippel ebenso, wie er den schädigenden Einfluß der letzteren auf Industrie und Lohnarbeiter nicht untersucht. Er kennt in dieser Welt der ökonomischen Gegensätze nur eine einige Landwirthschaft, die gleichmäßig des Zollschutzes bedarf, vor Allem dazu bedarf, um die Grundrente hoch zu halten, denn von einer hohen Grundrente hängt das Gedeihen der Landwirthschaft ab. Wer anders denkt, ist ein Ignorant oder Don Quixote, den Schippel nicht verächtlich genug behandeln kann:

„Eine andere, mildere Richtung besann sich angesichts eines so überwältigenden kulturhistorischen Ereignisses (der überseeischen Lebensmittelkonkurrenz) darauf, daß sie auf der nationalökonomischen Schulbank einmal etwas von einer Grundrententheorie hatte läuten hören; diese etwas flüchtige Bekanntschaft frischte sie nothdürftig wieder auf und gewöhnlich kam sie dann nach längeren, mehr oder weniger tiefsinnigen Betrachtungen zu dem neunmalweisen Ergebniß: nicht die Landwirthschaft leide Noth, sondern ausschließlich die Grundrente! Diese müßige, zehrende Grundrente müsse allerdings herunter von ihrem hohen Stande, doch was gehe das die Landwirthschaft und den landwirthschaftlichen Produzenten an? ... Der Landwirth könne ruhig hinter dem Ofen und in seinem Heim bleiben; er möge nur die Grundrente hinausschicken und diese den Strauß ausfechten lassen; bleibe kein ganzes Stück von ihr übrig, um so besser für die Landwirthschaft, denn dann sei sie die Last eines ewig hungrigen Mitessers ledig. ... Die Don Quixotes des Handelsvertragsvereins und der ‚Nation‘ nennen das dann auch noch einen Erziehungsfeldzug" (S. 220, 221).

Daß die Anschauung, über die Schippel seine Leser hier „orientirt", in Wirklichkeit etwas anders aussieht, als er sie darstellt, ist bei ihm selbstverständlich. In ihrer rationellen Gestalt aber wird diese Anschauung nicht nur von den „Don Quixotes" der „Nation", sondern auch von denen der „Neuen Zeit" vertreten, was Schippel natürlich sehr gut weiß. Wenn er sie nicht nennt, so liegt das daran, daß er nicht zu den Don Quixotes gehört, die sich ohne Zaudern jedem Uebelthäter entgegenstürzen, sondern zu jenem famosen Rittergeschlecht, das die Vorsicht für den besseren Theil der Tapferkeit erklärt.

Ich muß gestehen, daß ich Don Quixote genug bin, die Grundrente für die „Last eines ewig hungrigen Mitessers" zu halten; ich habe mich sogar so weit vergessen, zu behaupten, daß die Grundbesitzer als solche „ganz unnütze Drohnen sind, für die Landwirthschaft gar nichts bedeuten und durch ihr Verschwinden die Gesellschaft unendlich erleichtern würden" („Handelspolitik", S. 61).

Aber Schippel führt gegen die Feinde der Grundrente noch schwereres Geschütz auf als den Ausdruck seiner sublimsten Geringschätzung. Er will zeigen, daß auch er auf der Schulbank von der Grundrententheorie hat läuten hören und fährt fort:

„Zunächst ist es selbst von dem gewählten Standpunkt aus vollständig unrichtig, daß das Sinken der Grundrente die landwirthschaftliche *Produktion* unberührt lasse und sie nur von einem Tribut befreie. Die herangezogene Theorie geht vielmehr gerade davon aus, daß — es sei zur Abkürzung eine schematisch bildliche Ausdrucksweise gestattet — mit dem stufenweisen *Steigen* der Produktenpreise und der Grundrenten immer *neue*, minderwerthige Bodenklassen auf die Stufe der wirklichen *Bestellung* emporrücken und daß immer, wenn sich so mit jedem weiteren Preissteigern unten abermals eine neue Bodenstufe eingeschoben und der Produktion erstmals sich erschlossen habe, der ganze Oberbau von älteren Stufen um so höher nach dem Grundrentenhimmel emporwachse. Folgerichtig besagt dieselbe Theorie jedoch auch umgekehrt, daß mit dem ersten *Wiederabwärtsgleiten* der Produktenpreise auch die zweitunterste Bodenstufe grundrentenlos wird, und daß die allerunterste

Bodenstufe gleichzeitig wieder ganz außer Bestellung fällt, weil sie nicht einmal den üblichen Kapitalgewinn mehr gewährt; beim zweiten Abwärtsgleiten des Preises wird schon die ehemals dritte Bodenstufe grundrentenlos und die Böden der ersten sowie der zweiten Stufe sind nicht mehr bestellbar. Wenn dieser Prozeß noch weiter fortschreitet, so dürften selbst die blindesten theoretischen Wortemacher zu fühlen bekommen, daß die Preis- und Grundrentenbewegung allerdings sehr viel mit der landwirthschaftlichen ‚Produktion' zu thun hat. Wir in Deutschland haben die praktische Probe auf das Exempel noch nicht recht gemacht, weil unsere Agrarzölle die historisch gewordene Grundrentenbildung leidlich aufrecht erhalten und jedenfalls ihren vollständigen Zusammenbruch abgewehrt haben. Aber in Großbritannien war man in der Lage, die Grundrente frei fallen zu lassen, weil man bereits mit einem unendlichen Uebergewicht der industriellen Interessen in die Agrarkrisis eintrat. Wenn nun hier zwischen 1871 und 1901 von 3,57 Millionen Acres Weizenland 1,87 Millionen außer Anbau gesetzt wurden, so daß nur noch 1,7 Millionen Acres dieses Brotkorn Englands tragen (‚Times', 23. September 1901), so dürfte doch wohl die Bewegung der Grundrente auch etwas auf die Ausdehnung und Einschränkung der landwirthschaftlichen sachlichen Produktion eines Landes eingewirkt haben. Doch lassen wir diese trivialen Selbstverständlichkeiten" (S. 221 und 222).

Leider bin ich nicht in der Lage, diesen Wunsch zu erfüllen, denn selbstverständlich erscheinen mir diese Trivialitäten nicht. Allerdings, solange die Ricardosche Rententheorie in ihrer alten Form ausschließlich herrschte, da war die Schippelsche Schlußfolgerung eine naheliegende „Selbstverständlichkeit".

Aber der dritte Band des Marxschen „Kapital" hat neben der Ricardoschen Differentialrente noch eine zweite Form der Grundrente festgestellt, die absolute Grundrente. Wo die Marktpreise der landwirthschaftlichen Produkte gleich sind ihrem Produktionspreis auf dem schlechtesten Boden, das heißt hoch genug, um die Produktionskosten auf dem schlechtesten Boden zu decken und noch dazu den landesüblichen Kapitalprofit abzuwerfen, da giebt es nur Differentialrente. Wo die Marktpreise über dieses Niveau hinaufsteigen, wirft jeder Boden Rente ab, auch der schlechteste, und diese, über den Betrag der Differentialrente hinausgehende Rente nennt Marx absolute Grundrente. Sie steigt um so höher, je mehr der Grundbesitz ein Monopol, je mehr also die Bevölkerung wächst und je weniger eine auswärtige Konkurrenz möglich.

Zur Veranschaulichung der beiden Arten von Rente sollen folgende Tabellen dienen. Wir gehen dabei von der Annahme dreier Landgüter aus, A, B, C, die gleich groß sind, von denen aber jedes einen anderen Boden hat, A den besten, C den schlechtesten. Nehmen wir an, der Marktpreis der Produkte steige nur so hoch, daß er den Produktionspreis (Produktionskosten + Kapitalprofit) auf dem schlechtesten Boden deckt. Dann werfen nur die beiden besseren Böden Rente und zwar blos Differentialrente ab.

Landgüter	Produkt Weizen	Produktionspreis pro Zentner	Marktpreis pro Zentner	Differentialrente
	Zentner	Mark	Mark	Mark
A	450	8,88	12,50	1630
B	400	10,00	12,50	1000
C	320	12,50	12,50	—

Nun steige aber der Marktpreis in Folge der Monopolisirung des Marktes durch die Grundbesitzer über den Produktionspreis auf schlechtestem Boden, sage auf 15 Mark pro Zentner. Welches wird die Folge sein?

Landgüter	Produkt Weizen	Produktionspreis pro Zentner	Marktpreis pro Zentner	Grundrente		
				Zusammen	Differentialrente	Absolute Rente
	Zentner	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
A	450	8,88	15	2755	1630	1125
B	400	10,00	15	2000	1000	1000
C	320	12,50	15	800	—	800

Dies Bild sieht ein wenig anders aus und ebenso seine Konsequenzen. Bestehen die Verhältnisse der ersten Tabelle, dann kann freilich unter kapitalistischer Produktion der Produktenpreis und die Grundrente nicht sinken, ohne den Betrieb auf dem Gute C unrentabel zu machen, so daß dieses aufgegeben wird. Dagegen können dort, wo die Verhältnisse der zweiten Tabelle bestehen, die Preise erheblich sinken, ohne daß der Betrieb auf dem Gute C, geschweige denn auf den anderen Gütern unrentabel wird.

Man sieht, welchen Nutzen es für die Beweisführung Schippels hat, wenn er sich auf die Grundrententheorie beschränkt, von der er auf der Schulbank läuten hörte, und in einer Fußnote so nebenher bemerkt: „Die durch den dritten Band von Marx' ‚Kapital' erneut aufgeworfene Unterscheidung von absoluter Grundrente und wirklichen ‚Differential'renten kann hier außer Betracht bleiben" (S. 209). Sie muß hier außer Betracht bleiben, soll nicht seine ganze Beweisführung zu Gunsten der Grundrente zusammenpurzeln.

Natürlich ist Schippel nicht verpflichtet, die Marxsche Theorie anzuerkennen. Aber dann muß er sie widerlegen. Sie einfach ignoriren, um mit ihr unvereinbare Annahmen als „triviale Selbstverständlichkeiten" hinstellen zu können, heißt doch gar zu sehr auf die Unwissenheit seiner Leser spekuliren.

Nicht minder gilt das von dem Hinweis auf England, wo die Grundrente nicht wie in Deutschland durch hohe Schutzzölle künstlich hochgehalten wird und wo daher innerhalb dreißig Jahren mehr als die Hälfte des Weizenlandes „außer Anbau" gesetzt wurde. Wirklich „außer Anbau gesetzt"? Das heißt doch, daß man sie wüst liegen ließ? Man sehe sich dieser Behauptung gegenüber die wirklichen Ziffern an (die für die letzten Jahre habe ich nicht zur Hand, aber das macht nichts aus). Nach dem „Financial Reform Almanach" von 1899 betrug in Großbritannien und Irland:

	Weizenboden Acres	Weideland (Pasture) Acres	Gesammte bebaute Fläche Acres
1872	3839532	22838142	32571298
1897	1938956	27924710	36345315 [1]
Zu- od. Abnahme	—1900576	+ 5086568	+ 3774017

Der Rückgang der Grundrente, der in England 30 bis 40 Prozent betrug, hat also nicht zu einer Verminderung der landwirthschaftlich bebauten Fläche geführt, sondern war von ihrer Ausdehnung begleitet. Die fast 2 Millionen Acres Weizenboden wurden nicht, wie Schippel sagt, „außer Anbau" gesetzt, sondern einer anderen Kultur unterworfen. Man darf sich nicht vorstellen, daß der Uebergang vom Weizenbau zur Viehwirthschaft einen ökonomischen Rückschritt bedeute.

„Pasture in England gehört zu dem werthvollsten Theile der Kulturfläche ... der englische Farmer verwendet die größte Sorgfalt in der Anlage seiner Pasture, der Acker wird in möglichst guten Zustand gebracht und der Farmer spart keine Kosten

[1] 1894. Eine spätere Zahl ist in der benutzten Tabelle nicht verzeichnet.

an Saat noch Arbeit, um sich eine gute Pasture zu sichern, denn er weiß ganz gut, daß sich seine Anlagen reichlich bezahlt machen, und er schätzt in den meisten Fällen seine Weide höher als seinen Acker!" (König, „Englische Landwirthschaft", S. 4).

Schippel spricht aber nur vom Rückgang des Weizenbodens um 2 Millionen Acres, und verschweigt die gleichzeitige Zunahme des Weidelandes um 5 Millionen. Aber freilich, die volle Wahrheit stünde in zu unangenehmem Gegensatz zu der Schippelschen Theorie, daß die Grundrente antasten die Bodenkultur herabdrücken heißt. Wenn die englische Landwirthschaft trotz der schweren Zeiten, die sie unleugbar durchzumachen hatte, ihre Bodenfläche in den letzten zwei Jahrzehnten noch erweitern konnte, so verdankt sie dies vor Allem dem ausgiebigen Rückgang der Pachtzinse.

Neben England giebt es in Europa noch zwei Länder, die bisher von keinem Agrarzoll „geschützt" wurden, trotzdem sie der überseeischen Konkurrenz mindestens ebenso stark ausgesetzt sind, wie Deutschland. Es sind dies die Niederlande und Dänemark. In dem ersteren umfaßte:

	Ackerland Hektar	Weide Hektar	Gesammtes Kulturland Hektar	Unkultivirtes Land Hektar
1833	756949	1093050	2064900	1205952
1889	860019	1140894	2285196	1014334
1898	864894	1185209	2361699	893722

Auch hier sehen wir nichts von einem Rückgang der Kulturfläche. Das Ackerland hat sogar zugenommen, allerdings in den letzten Jahren nur unbedeutend, und in viel geringerem Grade als das Weideland. Das prozentuale Verhältniß der beiden zu einander war:

	1833	1885	1889	1898
Weideland	57,6	56,9	57,1	57,8
Ackerland	42,4	43,1	42,9	42,2

Dabei waren die Preise der Ackerbauprodukte stark gesunken. Der Durchschnittspreis des Weizens auf dem Markte von Groningen betrug pro Hektoliter 1871 bis 1880 10,98 Gulden, 1881 bis 1890 7,46, 1898 5,47.[1]

Aehnlich ging's in Dänemark, wo der Preis des Weizens bei freier Einfuhr pro Kilogramm 1874 bis 1875 21 Pfennige betrug, 1881 bis 1885 15,5, 1885 bis 1890 13,2. Die Dänen griffen nicht zum Schutzzoll und trotzdem ging die Kulturfläche nicht zurück. Wie in England und den Niederlanden finden wir auch hier eine Erweiterung desselben, verbunden mit „einer Umwälzung der Wirthschaftsweise, die ihren Ausdruck in der veränderten Ausnutzung des Bodens fand. Im Jahre 1876 waren 1 005 500 Hektar mit den vier Hauptgetreidearten bebaut, im Jahre 1896 1 044 000, eine Zunahme von 38 500 Hektar, kaum 4 Prozent. Dagegen wuchs in den zwanzig Jahren das mit Mengkorn, Futterrüben, Ackerheu und Kartoffeln bebaute Areal von 263 000 auf 509 200 Hektar, das heißt um 245 800 oder 93 Prozent!" (G. Bang, Die landwirthschaftliche Entwicklung Dänemarks, Neue Zeit, XIX, 2, S. 629.)

Also auch da trotz des Freihandels dieselbe Erscheinung wie in England: das Sinken der Grundrente bewirkt keine Einschränkung der Kulturfläche. Die Krise bewirkt vielmehr den Uebergang vom Getreidebau zur intensiven Viehwirthschaft (Produktion von Milch und Mastvieh), was eine nothwendige Folge der Entwicklung der Industrie, nach dem Thünenschen Gesetz, das hier zu entwickeln zu weitläufig wäre. In Dänemark sehen wir aber noch eine andere Erscheinung.

[1] Jaarcifers voor heet Koninkrijk den Nederlanden 1900, S. 123, 124, 134.

Da hier der Grundbesitzer und der Landwirth eine Person, wird dieser vom Rückgang der Grundrente wohl betroffen. Er sucht ihn wettzumachen durch die Hinzufügung eines Kapitalprofits, durch Verbindung seines landwirthschaftlichen Betriebs mit einem industriellen, der seine Produkte als Rohmaterial verarbeitet. So gelangt er zu einem Kapitalprofit, der theils industrieller Art, durch Ausbeutung von Arbeitern in dem Industriebetrieb gewonnen, theils kommerzieller, durch Einheimsung des Zwischenhändlergewinns. Der Großbetrieb kann dieses Mittel, die sinkende Grundrente wettzumachen, direkt anwenden, der Bauer bedient sich dazu der Genossenschaft.

Das Sinken der Getreiderente führt zur Ausdehnung der Viehhaltung auf Kosten des Körnerbaus. Das Sinken der Grundrente im Allgemeinen führt zur Industrialisirung der Landwirthschaft. Weder das eine noch das andere erzeugt einen Rückgang der Bodenkultur, den uns Schippel als selbstverständliche Folge des Niedergangs der Grundrente vorstellt. Im Gegentheil, der Freihandel in Lebensmitteln fördert diese Umwälzung der landwirthschaftlichen Produktionsweise, der Schutzzoll hemmt sie.

Wir haben also durchaus nicht nöthig, um die Hochhaltung der Grundrente so ängstlich besorgt zu sein, wie unser Handelspolitiker.

Er fährt dann fort, uns mit den schwärzesten Farben den Zusammenbruch der Landwirthschaft zu schildern, der ohne Agrarzölle gewiß sei, und weist auf den Nothstand der Industrie und ihrer Arbeiter hin, der die nothwendige Folge des Freihandels in Lebensmitteln sein müßte: „Wenn die Industrie vor einem rapiden Rückgang ihres Absatzes auf dem Lande steht, wenn gleichzeitig in hellen Schaaren die expropriirten Landwirthe den Arbeitsmarkt überfluthen, war dann nicht eine tiefe, schwere Erschütterung auch des nationalen Lohnniveaus das Wahrscheinlichere?“ (S. 226.)

So gewaltig wird Schippel selbst von dieser Schilderung der grausigen Folgen billiger Lebensmittel für die Arbeiterschaft ergriffen, daß er ganz vergißt, wieder, wie oben, auf England hinzuweisen, dessen Weizenfläche doch in 30 Jahren um die Hälfte zurückging. Wenn irgendwo, mußte in England die „tiefe, schwere Erschütterung des gesammten Lohnniveaus eintreten“. Aber hier sind die Thatsachen zu bekannt, als daß er wagen dürfte, sie einseitig darzustellen und so bleiben dem Verächter der „theoretischen Wortemacher“ nichts als Worte, hohle Worte.

Was Schippel noch weiter zu Gunsten der Grundrente und der Agrarzölle vorführt, hat man alles schon einmal in der Kreuzzeitung gelesen oder im Zirkus Busch gehört. Wir können davon absehen, uns mit diesen Argumenten zu beschäftigen. Sie sind der bisher beleuchteten würdig.

Nachdem er aber alle seine Argumente für die Agrarzölle losgelassen und nachdem er den Konsumentenstandpunkt als einen unsinnigen gebrandmarkt, sollte man annehmen, Schippel werde mit der Aufforderung an seine Genossen schließen, nun den Kampf für den Agrarzoll aufzunehmen; er werde ihnen eindringlich darthun, wie verfehlt, wie verderblich ihre jetzige Haltung sei, wie dringend nothwendig ihre Umkehr.

Aber wer das erwartet, kennt Schippel schlecht. Nach allen seinen Darlegungen erklärt er plötzlich auf der letzten Seite:

„Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt (in der Sozialdemokratie) wieder zum vollen Sieg gelangt. Wie sollten auch die lohnarbeitenden Massen der Städte in Brotzöllen etwas Anderes sehen können wie „Stockprügel auf den Magen“? Wie sollten sie an dem wirthschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten

politischen Peiniger und Feinde, die sie überall an der Spitze der Agrarbewegung sehen, das geringste Interesse nehmen?

„Wir mögen uns über die Ursachen der Agrarkrisis streiten, soviel wir wollen — wir mögen die Höhe des ‚landwirthschaftlichen Nothstandes‘ hoch oder niedrig einschätzen — wir mögen das Eintreten des industriellen Besitzes für Agrarzölle für selbstmörderisch kurzsichtig oder für weitblickend und nothwendig halten — das industrielle Proletariat wird die Kopfsteuer der Brotzölle stets nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern auch als gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksfeinde verwerfen. Hier löschen alle, nicht nur denkbaren, sondern auch wirklich bemerkbaren Unterschiede in der mehr theoretischen, allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den dringenden konkreten Entscheidungen der nächsten Gegenwart. Und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Thätigkeit nicht."

Das heißt wohl, aus der Schippelschen Sprache in ehrliches Deutsch übertragen, nichts Anderes als: „Ich, Schippel, halte allerdings die Agrarzölle für nothwendig, ihre Ablehnung für verderblich. Aber die Arbeiter sind zu kurzsichtig, sie sehen nur die drohende Brotvertheuerung, und sie sind zu fanatisch, um einmal einem Gegner auch dort Recht zu geben, wo er Recht hat. Angesichts dieser Stimmung werde ich mich hüten, vor den Massen Propaganda für meine Anschauungen zu machen. Ich erkläre die 351 Seiten meines Plaidoyers für die agrarische Zollpolitik für eine ‚mehr theoretische allgemeine Auffassung der handelspolitischen Grundfragen‘, die gar nichts zu bedeuten hat. Mein Handeln wird nicht durch die 351 Seiten lang ausgesponnene wissenschaftliche Erkenntniß, sondern durch die auf der letzten Seite in ein paar Sätzen konstatirte Stimmung der Partei bestimmt. Ich weiß, was sie augenblicklich will, und mehr braucht ein Politiker wie ich zu seiner Thätigkeit nicht."

Dies das politische Programm Schippels. Aber warum verschließt er dann seine wirklichen Anschauungen nicht in seinem Busen? Wenn er schlau wäre, thäte er's. Aber vor einem Publikum, das er sich geneigt fühlt, wird er des trockenen Parteitons satt, da will er auch einmal den kritischen Teufel spielen, allerdings auch da so vorsichtig, daß er sich stets ein Hinterthürchen offen läßt, und stets beflissen, sich nicht erwischen zu lassen.

So haben wir auf der einen Seite den biederen Abgeordneten für Chemnitz, der unentwegt unsere Parteigrundsätze in Parteiversammlungen verficht, und auf der anderen den lauernden Isegrim, der sich in der Edelheimschen Menagerie als Zerfleischer von Parteigrundsätzen produzirt.

Höfliche Leute, die den guten Ton lieben, nennen das den Unterschied des *esoterischen*, des innerlichen, nur seinen vertrauten Anhängern sich eröffnenden, vom *exoterischen*, dem der Außenwelt erkennbaren Philosophen. In diesem Sinne ist Schippel allerdings sehr philosophisch.

Er versichert uns, sein Buch verfolge denselben Gedankengang, wie sein Stuttgarter Referat. Aber dort vor den Genossen ging er in seinem Referat klüglich der Frage der Agrarzölle möglichst weit aus dem Wege, die hier, vor der Edelheimschen Kundschaft, als der Eckstein des modernen Zollsystems erscheint. In Stuttgart sagte er von der Resolution des Gothaer Kongresses von 1876: „Das ist eine ganz klare und meines Erachtens auch ganz vernünftige Resolution". In seinem Buche findet er, daß diese Resolution das Ergebniß der „starren Schablone einer fatalistischen Lohnelendstheorie sei" (S. 334).

Komischer Weise kommt einmal in seinem Buche selbst der Widerspruch zwischen dem esoterischen und dem exoterischen Schippel zur Geltung. Es leistet genug an Schwarzmalerei in der Schilderung der Zustände, die ohne die Agrar-

zölle einträten. Ein Beispiel davon aus Seite 226 haben wir oben gegeben. Ein zweites sei hier zitirt: „Ohne Zölle hätte man vielleicht schon damals (in den achtziger Jahren) von einer Katastrophe sprechen müssen — der tiefste Eindruck der neuen internationalen Konkurrenzverhältnisse macht sich allerdings erst in den neunziger Jahren geltend, so daß bei einem 3½ Mark-Zoll schwarze und schwärzeste Jahre alsdann nicht ausbleiben." (S. 238.)

Auf Seite 233 aber zitirt er ein Schreiben des Freiherrn von Thüngen an Bismarck aus dem Jahre 1879, in dem Jener sich ähnlich äußert, wie hier Schippel, und spottet darüber, daß es von „Schwarzmalerei überfloß". Woher der Widerspruch? Er erklärt sich ganz einfach aus der Vorliebe Schippels, wo er kann, statt selbst zu schreiben, Ausschnitte zu gebrauchen. Die Ausführungen von Seite 232 bis 236 sind, wie er selbst angiebt, aus seinem Reichstagshandbuch herausgeschnitten, das für die Leser des Verlags „Vorwärts", nicht des Verlags Edelheim bestimmt ist. Daß er hier dieselbe agrarische Schwarzmalerei verhöhnt, die er dort selbst betreibt, hatte er vergessen!

Aber diese doppelte Buchhaltung ist nichts Neues bei ihm. 1897 erklärte er noch auf dem Hamburger Kongreß vor den Parteigenossen die Thatsache, daß für Milizanträge keine Mehrheit im Reichstag zu haben, für eine sehr unangenehme. Im Herbste 1898 behandelte Isegrim in den Sozialistischen Monatsheften jene Genossen als Idioten, die für das Milizsystem eintreten.

Als darauf die Flottenvorlage eingebracht wurde, sprach auch Schippel als guter Parteigenosse in Parteiversammlungen dagegen. Aber gleichzeitig spöttelte Isegrim in den Sozialistischen Monatsheften über Cobden und die Sozialdemokratie, die von Cobden die Vorliebe für den Freihandel und die Abneigung gegen Flottenvermehrungen übernommen habe, und er machte in ähnlicher, nur noch versteckterer Weise für die Flottenvermehrung Stimmung, wie er es nun seit Jahr und Tag für die neuere Schutzzollpolitik betreibt.

Wer da weiß, wie innig Schutzzöllnerei und überseeische Eroberungspolitik logisch zusammenhängen, wird die heimliche Liebe für Heer und Flotte begreifen, die Schippel heißer brennt als Feuer und Kohle; wer aber die Schlußseite seines Buches gelesen hat, wird sich auch darüber klar sein, was er davon zu halten hat, wenn Schippel dieser heimlichen Liebe nur hier und da verstohlen Ausdruck giebt, statt vor aller Welt entschieden für sie einzutreten.

Um dies Bild zu vervollständigen, fehlt nur noch Eins: der Hinweis auf die Verachtung, mit der Schippel von Ueberzeugungstreue und politischem Idealismus spricht:

„Was sind programmatische Forderungen in der Politik! Wo bleibt die standhafte Prinzipienfestigkeit, wenn die umgebende wirthschaftliche Welt so ungeahnt rund ist und sich in nimmer ruhender Beweglichkeit drehen will!" (S. 257.)

„Jede Parteieinigkeit besagt zunächst weiter nichts, als daß in der allgemeinen Auffassung gewisser Entwicklungsströmungen, in dem Eintreten für gewisse drängende Reformen der Gegenwart und der allernächsten Zukunft eine für das praktische politische Verhalten ausreichende Uebereinstimmung der Betheiligten erzielt ist. Parteiverbände und Parteiprogramme für alle Ewigkeiten und für alle Fragen des Diesseits und Jenseits gab es nie und kann es nie geben, außer in ein paar verschrobenen sektirerischen Köpfen." (S. 290.)

Schippel entwickelt da eine außergewöhnliche Zeitrechnung. Er kennt nur die Gegenwart, die allernächste Zukunft und die Ewigkeit; eine Partei, deren Programm über gewisse drängende Reformen der Gegenwart und der allernächsten Zukunft hinausgeht, will eines für alle Ewigkeit und für alle Fragen des Dis-seits und Jenseits aufstellen, sie kann nur eine Sekte verschrobener Köpfe sein.

Politischer Idealismus ist also offenbar höherer Blödsinn. Freilich dürfte sich's bei näherem Zusehen herausstellen, daß dann alle großen historischen Parteien als Organisationen verschrobener Sektirer anzusehen sind. Selbst die national-liberale Partei hatte bei ihrer Begründung ein Programm, das über die „allernächste Zukunft" hinausging, hatte liberale Ideale, von der Sozialdemokratie gar nicht zu reden, deren Ziele Generationen zu ihrer Erreichung bedürfen. Was Schippel da als Typus einer politischen Partei hinstellt, ist nicht der Typus seiner Partei, sondern der Typus moderner Unternehmerverbände, die, bar aller Prinzipien, sich hinter den bürgerlichen politischen Parteien aufstellen, um diese und die Regierungen ihren geschäftlichen Interessen dienstbar zu machen. Schippel konnte seine Definition einer Partei blos aufstellen, wenn er die Sozialdemokratie auf eine Stufe setzte mit dem Zentralverband deutscher Industrieller oder dem Bunde der Landwirthe. Das sind allerdings Organisationen, denen es nur um gewisse drängende Reformen (die Erhöhung des Profits) der Gegenwart und der allernächsten Zukunft zu thun ist und die sich den Teufel darum scheren, welches die Konsequenzen für die weitere Zukunft sind. Da die Bourgeoisie im Wesentlichen alles erreicht hat, was sie braucht, da sie keine politischen und gesellschaftlichen Ideale mehr hat, werden ihre Parteien von diesen Geschäftskliquen allerdings immer mehr beherrscht, ich bin jedoch verschrobener Sektirer genug, darin ein Zeichen des Niedergangs und der Verkommenheit zu erblicken.

Aber ist denn die uns umgebende Welt nicht wirklich in beständigem Wechsel begriffen? Muß nicht jedes Programm, jedes Prinzip, das über die allernächste Zukunft hinausgeht, zur Fessel werden?

Gewiß, die Gesellschaft ist in beständigem Flusse; aber ihre Entwicklung ist kein toller Wirbel ohne Grund und ohne Ziel, sondern sie bewegt sich gesetzmäßig in bestimmter Richtung. Ihre Triebkraft sind die jeweiligen Klassengegensätze, Gegensätze, die nicht flüchtig auftauchen und verschwinden, sondern die für eine bestimmte Gesellschaftsordnung gegeben sind und erst mit ihr aufhören. Aus diesen großen dauernden Klassengegensätzen und nicht aus den Reformbedürfnissen des Augenblicks entspringen die großen Parteien, die daraus ihren, wenn auch nicht für alle Ewigkeit, so doch weit über die allernächste Zukunft dauernden Charakter erhalten. Ihre Programme und Ideale entspringen aber nicht dem Klasseninstinkt allein. Seit mehr als hundert Jahren sind die Methoden wissenschaftlicher Erforschung der Gesellschaft und ihrer Triebkräfte so hoch entwickelt, daß jede Partei, die über das Bestehende hinaus will, sich auf wissenschaftlich gewonnene Erkenntniß der gesellschaftlichen Gesetze und der gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung stützen muß. Je tiefer diese Einsicht, desto fester begründet ihre Prinzipien und ihre Ideale, desto weniger läßt sie sich durch den Wechsel der jeweiligen ökonomischen und politischen Situationen verblüffen und bestimmen. Je tiefer die wissenschaftliche Einsicht, desto größer die Ueberzeugungstreue des Politikers, die allerdings anderen Politikern, welche sich von den Moden und Stimmungen ihrer Umgebung treiben lassen, als Dogmenfanatismus erscheint, schließlich aber doch immer wieder Recht behält.

Natürlich kann auch die auf wissenschaftlichem Wege gewonnene Einsicht eine irrthümliche sein — Wissenschaft heißt nicht der Besitz, sondern das methodische Suchen nach Wahrheit —; sie kann veralten durch neue Erkenntnisse, durch Veränderungen in den Dingen oder in den Forschungsmethoden, aber sie kann immer wieder nur ersetzt werden durch tiefere Einsicht, durch eine bessere Ueberzeugung, durch besser begründete Prinzipien und Ideale, nie aber durch Prinziplosigkeit und Ausmerzung jedes weiterliegenden Zieles aus dem politischen Kampfe.

Einem Politiker, der sich mit dem Wirbel der ihn umgebenden Welt widerstandslos mitdreht, dem ist die Wissenschaft nie Mittel tieferer Einsicht, Quelle einer Ueberzeugung gewesen, sondern nur ein Arsenal von Waffen, um den jeweiligen, von der umgebenden Welt gelieferten Standpunkt geschickter als ein ungeschulter Politiker verfechten zu können.

Zu der Verachtung, die Schippel für alle jene verschrobenen Köpfe an den Tag legt, die Ideale über die allernächste Zukunft hinaus hegen, paßt sehr gut seine Geringschätzung der nach Gesetzen forschender Wissenschaft, die er als „Schulmeinungen" (S. 257), als die „Schablone der abstrakten Theorie" (S. 333) abthut.

Für den Politiker, den weder ein bestimmter Klasseninstinkt noch eine feste wissenschaftliche Ueberzeugung, sondern nur die Drehungen der Moden und Stimmungen der ihn umgebenden Welt bestimmen, ist ein zeitweiliger Gesinnungswechsel unvermeidlich. Wie schnell er eintritt, hängt von seiner Umgebung ab.

Ich kenne die Welt nicht, die sich um Schippel dreht. Thatsache ist es, daß er vor zehn Jahren noch die Agrarzölle ebenso lebhaft bekämpfte, wie irgend einer von uns. Er erklärte damals, „wenn die Getreidezölle fallen, weil sie fallen müssen, wird auch ein weiteres Hemmniß der raschesten kapitalistischen Entwicklung der Landwirthschaft gefallen sein" (Neue Zeit, IX, 2, S. 263). Er sprach damals von der „Beutepolitik der Agrarier" und ihrem „Raubzug" (Neue Zeit, IX, 1, S. 690). Im nächsten Jahrgang sprach er geringschätzig von den neuen Handelsverträgen, die ihn enttäuschten, weil sie nicht freihändlerisch genug waren, begrüßte sie aber doch zustimmend als die „endliche Bankerotterklärung des alten Zollkriegs Aller gegen Alle" (Neue Zeit, X, 1, S. 403).

Was hat sich seitdem in der wirthschaftlichen Welt geändert? Die Krisis in der Landwirthschaft ist seitdem nicht gewachsen, sie hat in den letzten Jahren zeitweilig eher abgenommen. Die Industrie Deutschlands aber ist so erstarkt, daß sie einerseits eines steigenden Exports mehr als je bedarf und andererseits des Zollschutzes weit mehr als vor zehn Jahren entrathen kann. Wenn trotzdem die Welt um Schippel sich in dieser Zeit in agrarisch schutzzöllnerischem Sinne gedreht hat, und er mit ihr, so muß das eine sehr sonderbare und eine sehr unberechenbare Welt sein.

In welcher Richtung wird sie unseren drehseligen Handelspolitiker weiter drehen?

Das Glück der Unfall-Berufsgenossenschaften.

Von E. Gräf.

Zwei interessante Geschäftsberichte liegen uns vor: der Bericht der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft und der Hessen-Nassauischen Baugewerksberufsgenossenschaft pro 1900. Die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft zählte im Berichtsjahr in ihrer 9. Sektion 6891 versicherte Betriebe mit 97627 Arbeitern. Die Baugewerksberufsgenossenschaft in ihrer 7. Sektion 13922 versicherte Betriebe mit 70003 Arbeitern. Gemeldet wurden bei der Brauerei im Berichtsjahr 11171 Betriebsunfälle (10888 im Jahre 1899, also 283 mehr); bei der Baugewerksberufsgenossenschaft 2692 (2611), 81 mehr. Welches merkwürdige Glück nun die Berufsgenossenschaften trotz der großen Anzahl gemeldeter Unfälle haben, zeigt, daß von den 11171 Unfällen des Brauereigewerbes nur 1335, von den 2692 Unfällen des Baugewerkes nur 513 entschädigt zu werden brauchten. Die große Mehrzahl der Unfälle hat also die Krankenkasse in den ersten 13 Wochen auf eigene Kosten geheilt.